

# Der Revisionismus

Von

Herbert Schack-Berlin

**Inhaltsverzeichnis:** Der Revisionismus — kein Problem? S. 1 — I. Die philosophischen Probleme: 1. Klassenbewußtsein und Parteilichkeit S. 3 — 2. Die Dialektik S. 12 — 3. Der Materialismus S. 15 — II. Die soziologischen Probleme: 1. Die „neue Klasse“ S. 19 — 2. Das Freiheitsinteresse der Intelligenz S. 21 — 3. Die Lebensinteressen der Massen S. 24 — III. Die ökonomischen Probleme: 1. Die sozialistische Planwirtschaft S. 26 — 2. Der sozialistische Wettbewerb S. 30 — 3. Die Sozialisierung S. 31 — IV. Die politischen Probleme: 1. Der Weg zur Macht S. 35 — 2. Die sozialistische Demokratie S. 37 — 3. Die sozialistische Weltpolitik S. 39 — Schluß: Richtigkeit und Wahrheit des Marxismus S. 41.

Als Alfred Nossig im Jahre 1901 sein Werk über „Die Revision des Sozialismus“ veröffentlichte, ahnte er nicht, daß das von ihm geprägte Wort „Revisionismus“ eine große Rolle in der Weltpolitik spielen würde. Denn heute ist der Revisionismus ein in mannigfacher Variante auftretendes geistiges Phänomen, das in Ost und West — aus verschiedenen Gründen und in verschiedenem Grade — beachtet wird. Im „sozialistischen Lager“ will man allerdings von einer weltpolitischen Bedeutung des Revisionismus nichts wissen. Natürlich gäbe es „Marxisten“, die ihrer Meinung nach den Marxismus in Wort und Schrift vertreten; in Wahrheit seien sie aber Abtrünnige des Marxismus. Solch eine Meinungsverschiedenheit gehe indessen Außenstehende nichts an. „Kamerad Tito“ habe zum Beispiel sehr originelle Gedanken über den Marxismus-Leninismus, sagte Chruschtschew kürzlich zu Adlai Stevenson. Die Auseinandersetzung mit Tito sei jedoch eine reine Familienangelegenheit. Die ideologischen Differenzen würden zu gegebener Zeit intern besprochen und bereinigt werden.

Revisionistische Gedanken und Bestrebungen werden nach außen hin bagatellisiert. Oder aber: Man betrachtet den Revisionismus als eine infektiöse, aus der kapitalistischen Welt eingeschleppte, gefährliche Krankheit. Auch diese Auffassung enthebt die orthodoxen Marxisten der Aufgabe, sich mit ihm wissenschaftlich-philosophisch auseinanderzusetzen. Philosophen und Soziologen, die den Marxismus von neuen

Gesichtspunkten aus überdenken und prüfen, werden verspottet, verhöhnt, verächtlich gemacht. Doch auch so ist der Revisionismus nicht aus der Welt zu schaffen. Mag er als ein allgemein uninteressantes, wenn auch lästiges Phänomen bezeichnet oder als eine Ausgeburt des „faulen und parasitären Kapitalismus“ gebrandmarkt werden, er ist da, er drängt sich hier auf, er drängt sich da auf, er beunruhigt.

Der Revisionismus ist der Albtraum der selbständig denkenden Kommunisten. Der nachdenkliche Marxist kann ja nicht nur immer Lehren annehmen und aufnehmen, sondern er fühlt sich verpflichtet, sie auf ihre Folgerichtigkeit und ihre Übereinstimmung mit der Lebenswirklichkeit zu prüfen. Nun wird ein orthodoxer Marxist wohl nichts dagegen haben, wenn dieser oder jener beiläufige Gedanke von Marx und Engels korrigiert bzw. revidiert wird. Anders verhält es sich aber mit Grundthesen. Wieweit ist hier eine Umdenkung oder Umdeutung zulässig? Es handelt sich nicht nur um die Ideologie. Mit den marxistischen Grundsätzen sind bestimmte praktische, parteipolitische, staats- und wirtschaftspolitische Konsequenzen verbunden. Wer also im Hinblick auf die marxistische Ideologie einen Schritt vorwärts oder seitwärts tut, muß befürchten, mit Partei und Regierung in Konflikt zu kommen.

Der Revisionismus ist das Schreckgespenst der sozialistisch-kommunistischen Machthaber, der Parteifunktionäre, der kleinen und großen Diktatoren. Ist der Marxismus-Leninismus doch gleichsam der Panzer, in dem sie sich unüberwindlich wähnen. Was nützt aber der stärkste Panzer, wenn er durch eine heimlich-unheimliche geistige Macht von innen her aufgerissen wird? Die Führung vermag nichts ohne den Glauben der Massen an die programmatischen Ziele und an die Richtigkeit der von Partei und Regierung getroffenen Maßnahmen. Darf also an Partei und Regierung Kritik geübt werden? Darf eine Kritik laut werden? Vielleicht sieht die Führung selbst eine Diskrepanz zwischen Ideologie und Lebenspraxis, zwischen Programm und Wirklichkeit. Vielleicht ist sie selbst einem Revisionismus zugeneigt. Wäre es aber taktisch richtig, weithin verkündete Grundsätze zu ändern oder gar aufzugeben? Man fürchtet sich insgeheim vor einem Revisionismus in der eigenen Brust; man fürchtet sich vor den wiederholt auftretenden revisionistischen Bestrebungen der wissenschaftlich und künstlerisch tätigen Intelligenz und schließlich vor einem Revisionismus in der mehr oder weniger lauten Kritik der werktätigen Massen.

So sind Grund und Anlaß genug gegeben, sich mit revisionistischen Gedanken und Theorien von Amts wegen zu beschäftigen. Mag der Revisionismus eine „Familienangelegenheit“ sein, die innerpolitischen Auseinandersetzungen sind auch außenpolitisch spürbar. Außenpolitisch wichtig und bedeutsam ist das Revisionismusproblem besonders

im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Ost und West und im engeren Sinne zwischen Mitteldeutschland und der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Marxisten und Revisionisten in Mitteldeutschland wie auch in Polen wird von der westlichen Welt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Kann eine Auflockerung der starren ideologischen östlichen Front nicht zu der ersehnten geistigen Begegnung und schließlich zu einer gemeinsamen geistigen Plattform für Ost und West führen? Diese Frage beleuchtet die außerordentliche aktuelle Bedeutung des Problems, mit dem wir es hier zu tun haben.

Der Revisionismus ist nicht eine außer- bzw. antimarxistische, sondern eine mit dem Marxismus wesentlich verbundene Bewegung. Er ist der in mannigfachen Varianten auftretende Gegenspieler des orthodoxen und amtlich festgelegten Marxismus und kann nur aus dem Marxismus selbst verstanden und kritisiert werden.

## I. Die philosophischen Probleme

### 1. Klassenbewußtsein und Parteilichkeit

Der Marxismus ist ohne Hegel nicht denkbar. So sehr Marx aber auch das Gedankengut Hegels aufgenommen und verarbeitet hat, weicht er doch in der Ausgangsposition seines Denkens von ihm ab. Nicht das menschliche Bewußtsein, nicht der personale, objektive und absolute Geist ist „sein“ Problem, sondern der Mensch, der wirklich tätige Mensch. Ludwig Feuerbach hatte den ersten Schritt philosophischer Neuorientierung getan. Er bog die Philosophie des Geistes gleichsam zurück in eine Philosophie des Menschen. Seine Gedanken kreisten nicht um Ideen, sondern um die Wirklichkeit, um Natur und Menschenwelt. Allein auch Feuerbach blieb abstrakt. „Weder von der wirklichen Natur, noch von dem wirklichen Menschen weiß er uns etwas Bestimmtes zu sagen,“ tadelte Engels in seiner geistvollen Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ (1888). Wenn man von dem abstrakten Menschen, dem Menschen überhaupt, zu dem wirklichen, lebendigen Menschen kommen will, muß man sie „in der Geschichte handelnd“, in ihren konkreten gesellschaftlichen Beziehungen betrachten. Der Mensch lebt in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen, ehe er sich seines individuellen und gesellschaftlichen Daseins bewußt wird. Man müsse daher zwischen dem Menschen als Subjekt seiner Geschichte und dem Menschen als Subjekt seines Geschichtsbewußtseins unterscheiden. In der Geschichte geschieht nichts ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel. Allein welche treibenden Kräfte stehen hinter den menschlichen Motiven? „Die treibenden Ursachen zu ergründen, die sich hier in den Köpfen der handel-



den Massen und ihrer Führer . . . als bewußte Beweggründe klar oder unklar, unmittelbar oder in ideologischer, selbst in verhimmelter Form widerspiegeln — das ist der einzige Weg, der uns auf die Spur der die Geschichte im ganzen und großen wie in den einzelnen Perioden und Ländern beherrschenden Gesetze führen kann.“ Früher sei es fast unmöglich gewesen — „wegen der verwickelten und verdeckten Zusammenhänge mit ihren Wirkungen“ —, die treibenden Ursachen der Geschichte zu erforschen und zu erkennen. Heute sei es jedoch offenkundig, daß Klassen und Klasseninteressen die treibenden Kräfte der bisherigen Geschichte sind<sup>1</sup>. So könne sich der Mensch im Grunde nur in seiner gesellschaftlichen, genauer: in seiner produktionswirtschaftlichen Tätigkeit begreifen. Marx und Engels stimmen in dieser Deutung menschlichen Daseins mit Hegel überein: „Das Große an der Hegelschen Phänomenologie und ihrem Endresultate . . . ist also einmal, daß Hegel die Selbsterzeugung des Menschen als einen Prozeß faßt; . . . daß er also das Wesen der Arbeit faßt und den gegenständlichen Menschen, wahren, weil wirklichen Menschen, als Resultat seiner eigenen Arbeit begreift<sup>2</sup>.“

Die gesellschaftliche Produktionsweise ist eine komplexe Erscheinung. In einer Elementaranalyse sehen wir (nach Marx und Engels) die Arbeits- oder Produktivkräfte mit den komplementären Produktionsmitteln, ferner die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, gekennzeichnet durch die Form des Eigentums an Produktionsmitteln, und schließlich den ideologischen Überbau, d. h. die mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen eng verbundenen Bewußtseinsinhalte und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Institutionen. Die Durchsetzung individueller Produktivkräfte, z. B. in einer ständisch-feudalen Gesellschaftsordnung, kann nur durch eine (mehr oder weniger bewußte) Begründung von Individualeigentum bzw. von Privateigentumsverhältnissen erfolgen. So war die Situation zur Zeit des emporstrebenden Bürgertums im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Als sich die bürgerliche Klasse unter den Parolen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu der fortschrittlichsten Klasse der Gesellschaft formierte, sah sie sich — noch im Kampf mit feudalen Gesellschaftsgruppen — schon einer neuen feindlichen Klasse gegenüber. Mit der Bourgeoisie kam das mittellose, nur über seine Arbeitskraft verfügende Proletariat herauf. Bourgeoisie und Proletariat sind einander fordernde, aufeinander angewiesene Gesellschaftsgruppen. Da die Bourgeoisie über die sachlichen Produktionsmittel verfügt, hat sie auch die

<sup>1</sup> Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach etc., Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 48/49.

<sup>2</sup> Marx, Kritik der Hegelschen Dialektik und Philosophie überhaupt (1844) in: Marx-Engels, Die Heilige Familie u. a. Philosophische Frühschriften, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 80.



Verfügbarmacht über die Arbeitskräfte, die (ohne Grund und Boden, ohne Werkzeug und Maschinen) im wahren Sinne des Wortes unvermögend sind. Wenn das private „Bündnis“ von Kapital und Arbeit auch eine geradezu sprunghafte technisch-ökonomische Entwicklung ausgelöst hat — „welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten!“ (Kommunistisches Manifest) — so sind die Beziehungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat deswegen doch nicht freundlicher und friedlicher geworden. Im Gegenteil! Auf der einen Seite Herrschaft und Freiheit, auf der anderen Untertänigkeit und Unfreiheit. Im ganzen ist die Gesellschaft freilich einheitlicher geworden. Solange das Grundeigentum die herrschende ökonomische Institution war, lebten die Menschen in subjektiv-natürlichen Beziehungen zu einander und zur Umwelt. Diese „Naturbeziehungen“, wie Marx sie nennt, lösten sich, als das Kapital die herrschende gesellschaftswirtschaftliche Institution wurde. Die gesellschaftlichen Lebensäußerungen kommerzialisierten sich, wurden unpersönlich und sachlich.

Die durchgängige Vergesellschaftung der Menschen ermöglichte erstmals ein Gesellschaftsbewußtsein, ein Wissen des Menschen um sich selbst als Gesellschaftswesen. Die Gesellschaft wurde „die“ Wirklichkeit des Menschen<sup>3</sup>.

Eine Erkenntnis der Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart ist also nach marxistischer Auffassung erst im bürgerlichen Zeitalter, auf dem Boden des Kapitalismus, möglich geworden. Die bürgerliche Klasse erkennt sich als den geschichtlichen Träger der Produktionsentwicklung und des gesellschaftlichen Fortschritts. Allein sie sieht nicht, daß sie durch die technisch-ökonomischen Produktivkräfte, durch das Kapital und die Notwendigkeit der Kapitalakkumulation ihres eigenen Willens beraubt ist und sich an den objektiven Produktionsprozeß verliert. Sie sieht auch die gesellschaftlichen Mächte nicht, die sie entfesselt hat und durch die sie zur Macht gekommen ist. Sie sieht nicht, daß diese Mächte über die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse, über das beschränkende und einengende Privateigentum an Produktionsmitteln hinausdrängen. Sie erkennt m. a. W. nicht Sinn und Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Erst das Proletariat gelangt zu einer richtigen Erkenntnis der gesellschaftlichen und geschichtlichen Wirklichkeit. Vom Klassenstandpunkt des Proletariats aus wird das Ganze des geschichtlichen Lebens sichtbar. Indem das Proletariat seine eigene Situation und Position erkennt, weiß es also zugleich, wohin die Entwicklung geht und wessen der Mensch bedarf, um wahrhaft Mensch zu sein. In den Lebensbedin-

---

<sup>3</sup> Vgl. Georg Lukàcz, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Der Malik-Verlag, Berlin 1923. S. 33.

gungen des Proletariats sind „alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt“. Wie die Bourgeoisie ist auch das Proletariat durch die technisch-kapitalistische Entwicklung Objekt des Produktionsprozesses geworden. Die menschliche Arbeitskraft ist zur Ware degradiert. Während aber die Bourgeoisie in ihrer „Selbstentfremdung“ wenigstens um ihre eigene Macht weiß und „in ihr den Schein der menschlichen Existenz“ besitzt, fühlt sich die Klasse des Proletariats „in der Entfremdung vernichtet, erblickt in ihr ihre Ohnmacht und die Wirklichkeit einer unmenschlichen Existenz“<sup>4</sup>. Befreit sich das Proletariat aus diesen unmenschlichen Verhältnissen, indem es die privaten Produktionsbedingungen aufhebt, so hebt es damit zugleich die gesellschaftlichen und sachlichen Bedingungen jeder Ausbeutung und Unmenschlichkeit auf. Die proletarischen Lebensinteressen decken sich somit mit den menschlichen Lebensinteressen überhaupt.

Die Bourgeoisie hat, objektiv betrachtet, ebenfalls die Möglichkeit richtiger Einsicht. Allein ihr fehlt subjektiv die Voraussetzung hierfür. Ihre privaten Eigentumsinteressen verhindern eine unbefangene objektive, d. h., dem historischen Gegenstand adäquate Haltung und Erkenntnis.

Wenn das Proletariat aber auch durch seine Klassenposition befähigt ist, die gesellschaftliche Entwicklung bis auf den Grund zu erkennen, so ist diese Möglichkeit doch nicht schon Wirklichkeit. Der Arbeiter ist gemeinhin an einem gesicherten, besseren und leichteren Leben interessiert. Persönliche Interessen sind ihm u. a. wichtiger als gesellschaftliche Interessen, die er vielleicht gar nicht kennt. Engels meinte in bezug auf die Sklavenhaltergesellschaft: „Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft — Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft usw. — übrigbleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehen, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheit besorgte“<sup>5</sup>. „Verhält es sich in der modernen Gesellschaft anders? Die Arbeiterklasse kann doch von sich aus jene für ihre „Selbstbefreiung“ notwendige philosophische, soziologische, ökonomische und politische Kenntnis nicht gewinnen. Wie kann sie also zu einem — im Sinne von Marx — richtigen Klassenbewußtsein kommen? Mit diesem Problem hat sich Lenin oft und eingehend beschäftigt: „Das politische Klassenbewußtsein kann in

<sup>4</sup> Marx-Engels, Die Heilige Familie (1845). Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 137.

<sup>5</sup> Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring, 3. Aufl. 1899). Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 222.



den Arbeiter nur von außen hineingetragen werden, d. h., aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehung zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, ist das Gebiet der Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen<sup>6</sup>.“ Solch eine Aufgabe kann nur von einer Gesellschaftsgruppe übernommen und durchgeführt werden, die einerseits durch ihre enge Verbindung mit dem Proletariat und andererseits durch ihre besondere Organisationsform praktisch hierzu fähig ist. Diese Gruppe ist die kommunistische Partei. „Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder. Sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ (Kommunistisches Manifest, 1845).

Doch auch im Hinblick auf die Partei gilt, was Lenin von der Klasse des Proletariats sagt: Sie ist von sich aus nicht imstande, den Geist, der sie beseelen soll, zu entfachen. Auch sie muß die Geistesflamme „von außen“ empfangen, von geistesmächtigen Menschen, die ihr das Wort geben, nach dem sie antreten und wirken kann. Die geistige Elite, die sich jeweils an die Spitze der kommunistischen Bewegung gesetzt hat, ist bürgerlicher Herkunft. Marx, Engels, Lenin haben sich im Geiste in die proletarische Klassenlage und Klassenposition versetzt, ihren Lebensinhalt mit dem proletarischen Schicksal identifiziert und ihrem Sozialismus den einer proletarischen Klassenlage entsprechenden, sinn- und zweckentsprechenden Ausdruck gegeben. Dieses Proletariat ist freilich nicht bloß eine Klasse Besitzloser; es ist auch nicht wie Berdiajew meint, nur „eine Idee, ein Mythos, aber keine empirische Realität“<sup>7</sup>. Das wesentliche Merkmal des Proletariats (im marxistischen Sinne) ist nicht substantieller, sondern funktioneller Art. Proletarisches Dasein ist gleichbedeutend mit materieller Abhängigkeit, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Unfreiheit, ungerichteter Entlohnung und Ausbeutung der Arbeitskraft; es ist gekennzeichnet durch die gesellschaftlich-organisatorisch bedingte Unmöglichkeit, die eigenen produktiven Energien vollständig zu eigenem und gesamtwirtschaftlichem Vorteil verwerten, also dem Ganzen nach besten Kräften und Fähigkeiten dienen zu können. Durch das tiefe Verständnis, das Marx allen Bedrängten und Bedrückten, Armen und Elenden entgegenbrachte, wurden ihm die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse

---

<sup>6</sup> Lenin, Was tun? (1902). Deutsch: Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 117.

<sup>7</sup> Nikolai Berdiajew, Wahrheit und Lüge des Kommunismus. Holle Verlag, Darmstadt und Genf 1953, S. 23.



zu einem anschaulich-konkreten Begriff. Anschauung und Erfahrung lehrten ihn auch, daß nur eine disziplinierte und aktionsfähige Partei die geschichtlich aufgegebenen Ziele verwirklichen kann.

Seit Marx betrachtet sich die kommunistische Partei als die Verkörperung, als die einzige Objektivation des proletarischen Klassengeistes. Dieser Auffassung zufolge fordert sie von allen, die sich zum Sozialismus-Kommunismus bekennen, unbedingt parteimäßiges Denken und Handeln. So ist die Parteilichkeit in ideologischen wie sonstigen Betätigungen zu einer absoluten Forderung geworden. Dieser Anspruch der Partei ist aber seit jeher für die selbständig denkenden Kommunisten ein Stein des Anstoßes.

Wie hat sich Alfred Nossig über die „unwissenschaftliche Parteiverblendung“ empört, über jene „zuwidere Besserwisseri“! „Statt des ruhigen, wachsamen Forschensinns, welcher die Gegenargumente aufmerksam verfolgt, stets bereit, seinen Irrtum einzusehen und sich so in der Erkenntnis der Wahrheit zu fördern, sehen wir bei den orthodoxen Marx-Schülern eine unerschütterliche Überzeugung von ihrer wissenschaftlichen Überlegenheit, ja Unfehlbarkeit, hören wir sie ein ewiges Triumphgeheul über den bodenlosen Blödsinn der Kritiker des Socialismus anstimmen“<sup>8</sup>. Es gehört zur kommunistischen Tradition, den Gegner, auch den im eigenen Lager, zu diffamieren. Nossig hatte ganz recht: „Nie sind theoretische Gegner mit größerer Verachtung behandelt worden, als andersdenkende Nationalökonomien von den Socialisten, den ‚besseren Menschen‘ . . . Man erträgt, wenn auch ohne Genuß, den giftigen Spott im journalistischen Geplänkel, den Demagogentön in den Propagandareden der socialistischen Agitation; aber daß er bis in dem Tempel der Wissenschaft hineingetragen wurde, war für die Sache des socialen Fortschrittes mit schwerem Schaden verbunden“<sup>9</sup>.

Bernstein und Kautsky haben den parteidoktrinären Charakter des Marxismus oft kritisiert und bemängelt. Das Hauptwerk von Marx, sagt Kautsky in seiner Schrift „Bernstein und das socialdemokratische Programm“, wäre „noch unbefangener und wissenschaftlicher“ ausgefallen, „wenn der Verfasser mit seinem Genie, seiner Gründlichkeit, seiner Wahrheitsliebe die schöne Eigenschaft verbunden hätte, über allen Klassenkämpfen und Klassengegensätzen zu stehen“<sup>10</sup>.

Trotz dieser frühen Kritik an dem doktrinären Prinzip der Parteilichkeit ist dieses bis zum heutigen Tag die unabdingbare Maxime der kommunistischen Parteien geblieben. Argwöhnisch und scharf reagie-

<sup>8</sup> A. N o s s i g, Revision des Socialismus, Bd. I, Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften, Berlin-Bern 1901, S. XVIII/XIX.

<sup>9</sup> a.a.O., S. XVIII.

<sup>10</sup> K a r l K a u t s k y, Bernstein und das socialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Verlag Dietz Nachf., Stuttgart 1899, S. 28.

rend verfolgen sie im sozialistischen Lager jegliche Abweichung von der Parteilinie. Wenn Wolfgang Harich in seinem politischen Programm (Frühjahr 1957) den Sozialismus als einen „objektiven Prozeß“ bezeichnete, war diese Äußerung gewiß parteigerecht. Keineswegs in Übereinstimmung mit der Partei stand aber der ganze Satz: „Der Sozialismus ist ein objektiver Prozeß und nicht an den Namen einer Partei gebunden, die sich mit dem Sozialismus identifiziert.“ Die gesellschaftliche Praxis ist das einzige Kriterium für den Wahrheitsgehalt einer Theorie, wird den revisionistischen Wirtschaftswissenschaftlern an der Deutschen Akademie der Wissenschaften vorgehalten. Allein wo bestätigt die Praxis, daß die werktätigen Massen ohne die Partei der Arbeiterklasse den Sozialismus aufbauen können?! „Der Geist, in dem die jungen Wirtschaftswissenschaftler erzogen werden, kann nur der Geist strenger Parteilichkeit und marxistisch-leninistischer Unversöhnlichkeit gegenüber allen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie und des Revisionismus sein<sup>11</sup>.“

Man sollte meinen, daß eine Philosophie der menschlichen Gesellschaft bzw. der Universalgeschichte nicht sowohl von einer Klassenposition aus als von einer über den Klassegegensätzen liegenden rein menschlichen Position begründet werden müßte. Oder will man im Ernst behaupten, daß die gesellschaftliche Position eines Wissenschaftlers sachlich-objektives Denken ausschließt? Kautsky dürfte mehr Recht haben als diejenigen, die den doktrinären Geist der Parteilichkeit vertreten. An der schon angeführten Stelle seiner Schrift sagt er: „Die Kraft der wissenschaftlichen Forschung ist eine so gewaltige, daß sie den Erforscher sozialer Verhältnisse unter Umständen über den überkommenen Standpunkt der eigenen Klasse erheben kann.“

## 2. Die Dialektik

Marx erlebte seine geschichtliche, politische, ökonomische und soziale Welt als eine zerspaltene, durch gegensätzliche Klasseninteressen und unversöhnliche Klassegegensätze aufgerissene und bewegte Lebenswirklichkeit. Infolgedessen war er überzeugt, daß ein adäquates Verständnis dieser gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit nur über ihren dialektischen Begriff führen kann. Von der Alltagserfahrung kam er über die Hegelsche Philosophie zu der Einsicht einer inneren Zwiespältigkeit in allen Dingen als einer bewegenden Kraft.

Hegel hatte die Dialektik als philosophische Logik dem rationalen Denken gegenübergestellt. Der Verstand habe es leicht, Einzelheiten an einem Gegenstand aufzugreifen und dadurch den Gegenstand zu

<sup>11</sup> Karl Kampfert, Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft. 3. Sonderheft der „Wirtschaftswissenschaft“, 5. Jahrg. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1957, S. 15.

begreifen. Durch dieses rationale, analysierende und spezialisierende Verfahren werde aber die Wirklichkeit in der Vielfalt und Fülle ihrer Bestimmungen nicht erfaßt. Erst das dialektische Denken gehe über die Einseitigkeit und Beschränktheit der Verstandesbestimmungen hinaus. „Das Einzelne für sich entspricht seinen Begriffen nicht; diese Beschränktheit seines Daseins macht seine Endlichkeit und seinen Untergang aus<sup>12</sup>.“ „Alles Endliche ist dies, sich selbst aufzuheben. Das Dialektische macht daher die bewegende Seele des wissenschaftlichen Fortgehens aus und ist das Prinzip, wodurch allein immanenter Zusammenhang und Notwendigkeit in den Inhalt der Wissenschaft kommt, so wie in ihm überhaupt die wahrhaftige, nicht äußerliche Erhebung über das Endliche liegt<sup>13</sup>.“ Marx und Engels haben sich die dialektische Methode Hegels (mit gewisser Einschränkung) zu eigen gemacht. Lenin merkt in seinen Studien zur Hegelschen Philosophie (1914—16) an: „Marx hat die Dialektik Hegels in ihrer entwickelten Form auf die politische Ökonomie angewendet.“ Und weiter: „Die Dialektik ist eben die Erkenntnistheorie (Hegels und) des Marxismus<sup>14</sup> . . .“ Lenin selbst bezeichnet die Dialektik als „eine lebendige, vielseitige (bei ewig zunehmender Zahl von Seiten) Erkenntnis mit einer Unzahl von Schattierungen jedes Herangehens, jeder Annäherung an die Wirklichkeit . . . — das ist der unermeßlich reiche Inhalt“<sup>15</sup>.

Lenin hat sich, gründlicher noch als Marx, Gedanken über die Hegelsche Logik bzw. Dialektik gemacht. Die Dialektik ist, seiner Meinung nach, „die Lehre von der Einheit der Gegensätze“. Er erläutert diese These, indem er folgende Elemente der Dialektik anführt: Die Objektivität der Betrachtung, die Totalität der Beziehungen der Dinge, die Entwicklung der Dinge, die innerlich widersprechenden Tendenzen (und Seiten) in den Dingen, das Ding als Summe und Einheit der Gegensätze, der Kampf der Gegensätze, Übergänge jeder Bestimmung, jeder Qualität (z. B. auch Kampf des Inhalts mit der Form, Übergang von Quantität in Qualität und umgekehrt), unendlicher Prozeß der Vertiefung der Erkenntnis des Dinges, der Erscheinungen, Prozesse usw. durch den Menschen, von der Erscheinung zum Wesen und vom weniger tiefen zum tieferen Wesen u. a. m. Ziel des dialektischen Forschens ist „die Kongruenz des Begriffs und der Realität“. Lenin spricht — nicht nur gelegentlich — von einem Abbilden der Gegenstände durch Bild, Begriff und Theorie. Dabei denkt er jedoch

<sup>12</sup> Hegel, Encyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundriß (1817). Sämtl. Werke, Ausg. Lasson, Bd. V. Verlag Felix Meiner, Leipzig<sup>1</sup>1930, § 213.

<sup>13</sup> a.a.O., § 81.

<sup>14</sup> Lenin, Aus dem Philosophischen Nachlaß. Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 288 und S. 97.

<sup>15</sup> Lenin, a.a.O., S. 288.



nicht an einen starren Dualismus von Subjekt und Objekt und an eine bloße Rezeption des Bewußtseins. Er zitiert beifällig ein Wort Hegels: „Die Erkenntnis ist die ewige, unendliche Annäherung des Denkens an das Objekt. Die Widerspiegelung der Natur im menschlichen Denken ist nicht ‚tot‘, nicht ‚abstrakt‘, nicht ohne Bewegung, nicht ohne Widersprüche, sondern im ewigen Prozeß der Bewegung, der Entstehung und Aufhebung von Widersprüchen aufzufassen.“ Richtige, wahre Erkenntnis beruht auf der Beachtung der „Gesamtheit aller Seiten der Erscheinung, der Wirklichkeit und ihrer (Wechsel-) Beziehungen“<sup>16</sup>. Leider hat sich Lenin über diese von ihm selbst anerkannte Grundforderung dialektischen Denkens und Forschens nicht nur theoretisch hinweggesetzt, sondern sich auch praktisch-politisch einseitig und parteiisch verhalten. Er denkt, wie Marx, weit mehr in Gegensätzen als in Richtung einer möglichen Überwindung dieser Gegensätze.

Die marxistisch-leninistische Gesellschafts- und Geschichtsauffassung geht von dem antagonistischen, unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Klassen von Ausbeutern und Ausgebeuteten aus. Seit hundert Jahren sei die gesellschaftliche Situation der kapitalistischen Welt durch den unversöhnlichen Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat gekennzeichnet. Unversöhnliche Gegensätze können nur durch revolutionären Sturz der herrschenden Ordnung aus der Welt geschafft werden. Solch eine gewaltsame Beseitigung einer überlebten Klasse durch eine neue emporstrebende Klasse ist zuletzt durch die französische Revolution und in unseren Tagen durch die Sozialistische Oktoberrevolution erfolgt. Die Ursache antagonistischer Gegensätze liegt in dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen den fortschrittlichen Produktivkräften und den überkommenen Produktionsverhältnissen. Der „Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft“ ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte (den kollektiven Massenenergien des Proletariats) und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Produkte. Aus diesem „unwiderleglichen Sachverhalt“ ergibt sich als praktisch-politische Schlußfolgerung: Man darf „die Widersprüche der kapitalistischen Zustände nicht verkleistern, man muß den Klassenkampf unversöhnlich zu Ende führen . . . Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man eine unversöhnliche proletarische Klassenpolitik, nicht eine reformistische Politik der Interessenharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie, nicht eine Paktiererpolitik des ‚Hineinwachsens‘ des Kapitalismus in den Sozialismus durchführen“<sup>17</sup>.

<sup>16</sup> a.a.O., S. 115.

<sup>17</sup> Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus (1936). Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 12.

Gegensätze, Widersprüche gibt es im Gesellschaftsleben immer und überall. Allein es besteht ein großer Unterschied in der Art derselben. Zwischen freundschaftlich verbundenen Klassen sind sie nichtantagonistischer Art. So besteht z. B. in der sozialistischen Gesellschaftsordnung ein Interessengegensatz zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, jedoch kein unversöhnlicher Gegensatz. „Die sozialistische Gesellschaft bietet ein Bild freundschaftlicher Zusammenarbeit der Arbeiter, der Kollektivbauernschaft und der aus dem Volk hervorgegangenen Intelligenz. Sie ist zusammengeschweißt durch die moralisch-politische Einheit“, die sich „nach der Liquidierung der Ausbeuterklassen“ entwickelt hat<sup>18</sup>.

Mao Tse Tung, der literarisch, theoretisch und philosophisch Gebildetste unter den führenden Kommunisten, hat das Problem der antagonistischen Gegensätze und ihrer Überwindung sorgfältiger untersucht. Bei den „Widersprüchen“ in der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung denkt er an die zwischen kollektiven und individuellen Interessen, zwischen Zentralismus und Demokratie, zwischen Führung und Geführten. Zu diesen „Widersprüchen im Volk“ gehören aber auch solche, „die sich aus der bürokratischen Praxis gewisser Staatsfunktionäre in ihren Beziehungen zu den Massen ergeben“. Diese an sich nichtantagonistischen Gegensätze können sich jedoch — das ist ein revisionistischer Gedanke! — in antagonistische Gegensätze verwandeln. Die Aufstände in Posen und in Ungarn zeigen, daß auch in einer sozialistischen Gesellschaft schwere Konflikte aufbrechen können<sup>19</sup>.

Die Feststellung von Gegensätzen (oder wie man im sozialistischen Lager zu sagen pflegt, von „Widersprüchen“) darf jedoch — nach der Meinung Maos — nicht zu einem Extremismus verleiten. Man darf nicht einseitig urteilen. „Einseitigkeit kommt in dem Unvermögen zum Ausdruck, Fragen allseitig zu betrachten, und darin, daß nur eine Seite der Gegensätze begriffen wird, beispielsweise dann, . . . wenn man nur die Vergangenheit, nicht aber die Zukunft, nur das Einzelne, nicht aber die Gesamtheit, nur die Mängel, nicht aber die Erfolge, nur den Kläger, nicht aber den Angeklagten, nur die illegale revolutionäre Arbeit, nicht aber die legale revolutionäre Arbeit versteht usw. — mit einem Wort, wenn man nicht die Besonderheiten der verschiedenen Seiten der Widersprüche versteht<sup>20</sup>.“

---

<sup>18</sup> W. Kosłowski, Antagonistische und nichtantagonistische Widersprüche. Deutsch: Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 49.

<sup>19</sup> Vgl. die Reden Mao Tse Tungs vom 28. 2. und 12. 3. 1957 vor dem Obersten Staatsrat.

<sup>20</sup> Mao Tse Tung, Über den Widerspruch. Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 25 u. z. w. S. 51.

Lenin hatte die Dialektik als eine Verfahrens- und Betrachtungsweise verstanden, „wie die Gegensätze identisch sein können“, wie sie nicht als tot und erstarrt, sondern als lebendig, beweglich, sich ineinander verwandelnd aufzufassen sind<sup>21</sup>. Mao erläutert diesen Gedanken, indem er auf den gegenseitigen Zusammenhang der Gegensätze und auf die Einheit, in der sie bestehen und unter bestimmten Bedingungen ineinander übergehen.

Was ist die praktisch-politische Konsequenz dieses Gedankens? Wie verhält es sich mit der dialektischen Einheit der Klassengesellschaft? Darf man von einer Einheit reden, wenn die Gesellschaft durch unversöhnliche Klassen- und Interessengegensätze gespalten ist? Stalin erörtert diese Frage in seiner vorletzten Schrift. Einigen radikalen Genossen, die am liebsten alles verproletarisieren wollten, von der Sprache bis zur Eisenbahn, stellte er den faktischen Zusammenhang, die tatsächliche Einheit der Klassengesellschaft vor Augen. Er weist auf die allseitige wirtschaftliche Verbundenheit von Bourgeoisie und Proletariat hin, auf die gemeinsame Sprache, den gemeinsamen Gedankenaustausch, den gemeinsamen Kampf gegen die Naturkräfte, die gemeinsamen technischen Einrichtungen der Gesellschaft<sup>22</sup>. Schon Marx hatte in einer seiner Frühschriften vor einer Verabsolutierung der proletarischen Klassenposition gewarnt. Es ist „leicht zu begreifen“, sagte er, „daß jedes massenhafte, geschichtlich sich durchsetzende Interesse, wenn es zuerst die Weltbühne betritt, in der ‚Idee‘ oder ‚Vorstellung‘ weit über seine wirklichen Gedanken hinausgeht und sich mit dem menschlichen Interesse schlechthin verwechselt“<sup>23</sup>.

Die Einheit der Klassengesellschaft besteht aber nicht nur in ihrem strukturellen Zusammenhang, sondern auch im Fortgang der Geschichte. Eigentlich versteht sich das von selbst. Allein welcher „Proletarier“ möchte einem „Bourgeois“ (selbst des vergangenen Jahrhunderts) etwas zu danken haben! Gegen solche Überspanntheit hat sich Ernst Bloch (zum Verdruß seiner Parteigenossen) kritisch und bestimmt ausgesprochen. Das Bürgertum habe Werte und Werke geschaffen, die die Zeiten überdauern. Eine Gesellschaftsklasse bringe jeweils in ihrer Blütezeit einen „kulturellen Überschuß“ hervor, der sich in den nachfolgenden Generationen vererbt<sup>24</sup>. Die Akropolis, das Straßburger Münster seien Kunstwerke, die „auch nach Wegfall ihrer

<sup>21</sup> Lenin, Aus dem Philosophischen Nachlaß, S. 26.

<sup>22</sup> Vgl. Stalin, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft (1950). Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 23. — Stalin betont zum Schluß: „Daher kann der Klassenkampf, wie scharf er auch sein mag, nicht zum Zerfall der Gesellschaft führen.“

<sup>23</sup> Marx-Engels, Die Heilige Familie. S. 196.

<sup>24</sup> E. Bloch, Das Prinzip der Hoffnung. Aufbau-Verlag, Berlin 1954, Bd. I, S. 170.



gesellschaftlichen Grundlagen im Kulturbewußtsein sich fortschreitend reproduzieren“. „Die großen philosophischen Werke enthalten zwar . . . Zeitgebundenes und so Vergängliches, jedoch zeigen auch sie, gerade sie, wegen der Höhe des Bewußtseins, das sie auszeichnet und das weit in Künftiges, Wesentliches hineinblicken läßt, jene echte Klassik, die nicht aus Abrundung besteht, sondern auf ewiger Jugend, mit immer neuen Perspektiven in ihr<sup>25</sup>.“

Wenn nun faktisch solche übergreifende Einheit der Gegensätze sowohl im strukturellen wie im geschichtlichen Zusammenhang besteht, erscheint die These bzw. Parole vom „unversöhnlichen“ Klassenkampf übertrieben und unglaubwürdig. Warum soll der gesellschaftlich notwendige Gedankenaustausch nicht auch zu einer gesellschaftlichen Zusammenarbeit, schließlich zu einer sozialen und ökonomischen Partnerschaft führen? Natürlich wäre es eine „revisionistische Entgleisung“, solche praktisch-politischen Konsequenzen (aus dem Begriff der dialektischen Einheit) zu ziehen.

Engels glaubte (nach dem Vorgang von Hegel) berechtigt zu sein, die dialektische Methode nicht nur auf die Gesellschafts- und Geisteswissenschaften, sondern auch auf die Naturwissenschaften anzuwenden. Die Welt überhaupt erscheint als ein bewegtes Ganzes, in dem ein immerwährender Kampf der Gegensätze Entwicklung und Fortschritt bedingt. Durch die Einbeziehung der Naturphilosophie erweitert sich die Dialektik zu einer „Wissenschaft von den allgemeinsten Gesetzen aller Bewegung“. „Es ist hierin eingeschlossen, daß ihre Gesetze Gültigkeit haben müssen für die Bewegung ebenso sehr in der Natur und der Menschengeschichte, wie für die Bewegung des Denkens<sup>26</sup>.“ Die sowjetischen Marxisten sind Engels auf diesem Wege gefolgt und haben den dialektischen Materialismus — dem Vorgang Engels entsprechend — zu einer Weltanschauung gesteigert.

Ist die Übertragung der Dialektik auf die Erforschung außermenschlichen Daseins aber durch die Sache selbst gerechtfertigt? Georg Lukacz hält diese Ausweitung für eine Überforderung der Methode für einen schweren Fehler. Engels sei dem „falschen Beispiel Hegels“ gefolgt, indem er die dialektische Methode auf die Natur ausdehnte; „wo doch die entscheidenden Bestimmungen der Dialektik — Wechselwirkung von Subjekt und Objekt, Einheit von Theorie und Praxis, geschichtliche Veränderung des Substrats der Kategorien als Grundlage ihrer Veränderung im Denken usw. — in der Naturerkenntnis nicht vorhanden sind . . .“<sup>27</sup>. Diese revisionistische Auffassung bzw. die

<sup>25</sup> a.a.O., S. 171.

<sup>26</sup> Engels, „Anti-Dühring“. S. 459.

<sup>27</sup> G. L u k à c z, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. S. 17, Anm.

agressive Einstellung gegen Engels' Naturphilosophie trug Lukacz eine Rüge der Partei ein. Sein Buch „Geschichte und Klassenbewußtsein“ kam auf den Parteindex.

### 3. Der Materialismus

Der wissenschaftliche Ausgangspunkt ist maßgebend für die Richtung, Breite und Tiefe der wissenschaftlichen Forschungsarbeit. Marx ging zunächst von der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit aus. Unversehens wandelte sich und verengte sich dieser Begriff aber zu dem der gesellschaftlichen Lebenspraxis und schließlich der gesellschaftlichen Produktionsweise. In dieser Ausgangsthese ist der ökonomische Materialismus schon im Keim enthalten.

Die menschliche Geschichte ist die Geschichte menschlicher Arbeit. „Die Arbeit hat den Menschen geschaffen“ (Engels). Im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß haben sich Sinnesorgane und Gehirnfunktionen, sprachliche Fähigkeiten und Denkfunktionen und nicht zuletzt die fertigenden, formenden, bildenden Hände entwickelt. Die in der Menschwerdung und Menschenbildung entscheidenden Triebkräfte waren und sind die materiellen Interessen. Das Wort „materiell“ ist im übertragenen Sinne zu verstehen. Gemeint ist nicht, daß die Interessen selbst materiell sind, sondern daß sie sich auf materielle Dinge, also Güter im ökonomischen Sinne richten. Der marxistische Materialismus ist daher im Grunde ein Ökonomismus. Da der Mensch aber existiert, ehe er denkt und seiner bewußt wird, das gesellschaftliche Sein also vor dem Gesellschaftsbewußtsein besteht, ja dieses bestimmt, so erscheint der marxistische Materialismus in der Gestalt eines soziologisch-philosophischen Realismus. Bedenken wir schließlich mit Marx, daß sich der Mensch im Laufe seiner bisherigen Geschichte als Subjekt seiner Lebensgestaltung mehr und mehr objektiven Kräften, Prozessen und Verhältnissen unterwerfen muß, und daß sich seine Welt in technisch-ökonomische Energien und Leistungen auflöst, so können wir die dementsprechende Auffassung als funktionalen Objektivismus bezeichnen.

Der realistische Objektivismus bzw. Funktionalismus prägt sich in der marxistischen Naturphilosophie noch deutlicher aus als in der Wirtschafts- und Sozialphilosophie. Der Mensch ist trotz seiner hochentwickelten Zivilisation ein Naturwesen. Ihn begreifen, heißt aber, ihn in seiner Natur, seinem natürlichen Ursprung und seiner natürlichen Bestimmung begreifen.

Marx und Engels distanziierten sich allerdings entschieden von dem „vulgären Materialismus“, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Vogt, Moleschott, Büchner u. a. vertreten wurde. Organisches und Geistiges läßt sich nicht aus Anorganischem herleiten. An-

organisches, Organisches, Bewußtsein, Geist und Seele sind Erscheinungsformen der Materie.

„Materie“ ist freilich nur ein Begriff. „Die Materie als solche“, betont Engels, „ist eine reine Gedankenschöpfung . . . ist im Unterschied von den bestimmten, existierenden Materien . . . nichts Sinnlich-Existierendes<sup>28</sup>.“ Da es aber keinerlei Materie ohne Bewegung gibt, darf man sagen: „Bewegung ist die Daseinsweise der Materie<sup>29</sup>.“ Lenin erschien diese Begriffsbestimmung noch als eine vulgäre Abirrung. Der Begriff der Materie dürfe nicht durch irgendwelche beschränkenden Bestimmungen, wie Körperlichkeit oder Bewegung, fixiert werden. „Die einzige ‚Eigenschaft‘ der Materie, an deren Anerkennung der philosophische Materialismus gebunden ist, ist die Eigenschaft, objektive Realität zu sein, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren<sup>30</sup>.“ Als „unabhängig vom menschlichen Bewußtsein existierende und von ihm abgebildete Realität“ ist die Materie Gegenständlichkeit, deren Inhalt sich wandelt und verwandelt. Körperlichkeit (dürfte man im Sinne Lenins sagen) ist Materie in der Außenansicht, Seele und Geist aber Materie in der Innenansicht. Seelisches und Geistiges bedürfen der Körperlichkeit, der Verkörperung, der Materialisierung, um sich äußern zu können. Körperliches, Materielles wiederum wird durch Seele und Geist geprägt. Dieser Sachverhalt ist wissenschaftlich, biologisch, physiologisch, psychologisch wichtig. Wenn sich Leben und Erleben materiell äußern und bekunden müssen, kann das Materielle für das Immaterielle genommen bzw. das Immaterielle am Materiellen demonstriert werden.

Die materialistische Dialektik zeigt sich hier in einer neuen Dimension. Zu den „flächigen“ Gegensätzen zwischen Subjekt und Objekt, Individuum und Gesellschaft, Klasse und Klasse (z. B. Bourgeoisie und Proletariat), kommen „vertikale“ Gegensätze, wie die zwischen Wesen und Erscheinung, zwischen Geist und Körper, zwischen Innen- und Außenwelt, zwischen Selbstsein und Fremdsein. Trotz dieser Gegensätzlichkeit existiert eines nicht ohne das andere, ist beides vielmehr zu einer Einheit verbunden. So besteht auch in der, wie ich sagen möchte: dreidimensionalen Dialektik eine „Einheit der Gegensätze“. In diesem Sinne sind wohl Lenins etwas umständliche Sätze zu verstehen, in denen er sich gegen die Konfusion verwahrt, Materielles und Geistiges zu vermengen. Ebenso verkehrt sei es jedoch, Materie und Geist in extremen Gegensatz zu bringen. „Daß diese Gegenüberstellung nicht ‚überschwenglich‘, nicht übertrieben, nicht metaphysisch sein

<sup>28</sup> Engels, Dialektik der Natur. Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 312.

<sup>29</sup> Engels, „Anti-Dühring“. S. 70/71 und 421.

<sup>30</sup> Lenin, Materialismus und Empiriekritizismus. Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 250/51.



darf, ist unbestreitbar ... Die Grenzen der absoluten Notwendigkeit und absoluten Wahrhaftigkeit dieser relativen Gegenüberstellung sind eben jene Grenzen, die die Richtung der Erkenntnis theoretischer Forschungen bestimmen. Außerhalb dieser Grenzen mit der Gegensätzlichkeit von Materie und Geist, von Physischen und Psychischen als mit einer absoluten Gegensätzlichkeit zu operieren, wäre ein gewaltiger Fehler<sup>31</sup>."

Lenin hat durch seine Lehre von der Gegensätzlichkeit und zugleich Wandelbarkeit des Materiellen und Ideellen das Materialismus-Problem unter einen neuen fruchtbaren Aspekt gerückt. Genau gesehen, ist nun der Weg offen für einen nicht mehr bloß objektivistischen, sondern auch subjektivistischen, sogar beide zusammenfassenden Weltbegriff<sup>32</sup>.

Wie kann die Menschheit aus ihrer Naturentfremdung und Selbstentfremdung wieder zur Natur und zu sich selbst kommen? Das ist die wesentlichste Frage, um die es Marx — mindestens in seinen jüngeren Jahren — ging. Die Antwort: die Menschen müssen alle Form der Herrschaft über sich selbst beseitigen. An die Stelle einer sachbedingten Herrschaft über Menschen müsse die bewußte Herrschaft über Sachen treten. Voraussetzung ist, daß die Besitzlosen und Ausgebeuteten durch ihre Kollektivmacht die Produktionsmittel an sich reißen und sie nunmehr in bewußt-menschlichem Sinne nutzen. Dies ist der „Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ (Engels).

In alledem liegt ein gut Teil Wahrheit. Sorgende, leidende, bedrückte und bedrängte Menschen haben weder Kraft noch Zeit und Mittel zur Pflege kultureller Werte. In dem sozialkritischen Bühnenstück „Die Dreigroschenoper“ von Bert Brecht fällt das drastische Wort: „Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral“ Warum fehlt es an dem einen und so auch am andern? „Die Verhältnisse — die sind nicht so!“ Bedarf es aber zu einer Änderung und Verbesserung der sozialen Verhältnisse einer organisierten Kollektivmacht? Bedarf es einer Kollektivierung und Sozialisierung der Produktionsmittel? Werden die Menschen durch die Verhältnisse zu sozialem oder unsozialem Denken und Handeln geführt oder verführt? Oder müssen sie nicht selbst zuerst sozial denken, um die Verhältnisse sozial gestalten zu können? Hier öffnet sich ein weites Feld für ‚revisionistische‘ Fragen und Bestrebungen.

<sup>31</sup> Lenin, a.a.O., S. 235/36; vgl. auch S. 136.

<sup>32</sup> Das Problem des Übergangs einer Erscheinungsform der Materie in die andere stand im Mittelpunkt der dialektischen Philosophie A. M. Deborins. Deborin wurde 1931 vom Zentralkomitee der Partei einer „idealistischen Entstellung des Marxismus“ bezichtigt.

Marx hat einmal von einem kommunistisch begründeten neuen Verhältnis des Menschen zur Natur gesprochen: „Also die Gesellschaft ist vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur<sup>33</sup>.“ Ernst Bloch bringt diese Idee — zum Ärger der orthodoxen Marxisten — in engen Zusammenhang mit dem Gedanken der Selbstentfremdung. Die von Lenin so oft betonte „Identität der Gegensätze“ ist nach Bloch das der Geschichte innewohnende Ziel. Die Aufhebung einer Entfremdung, sei es zwischen Mensch und Mensch oder zwischen Mensch und Natur oder zwischen Mensch und Technik ist der „allgemeine Hoffnungsinhalt“, die „tiefste Sehnsucht der Menschheit“. Am Ende der Geschichte der Entzweiung (der unseligen Klassenkämpfe) kommt es zur Vereinigung des „Geschichtssubjekts“ mit dem „Natursubjekt“: „Das ist die Abschaffung der Entfremdung in Mensch und Natur, zwischen Mensch und Natur oder der Einklang des unverdinglichten Objekts mit dem manifestierten Subjekt, des unverdinglichten Subjekts mit dem manifestierten Objekt<sup>34</sup>.“ Die Entwicklungsphilosophie von Ernst Bloch ist von der Partei scharf kritisiert und abgelehnt worden<sup>35</sup>. Wie durfte aber R. O. Gropf in seinem kritischen Beitrag „Ernst Blochs Hoffnungsphilosophie — eine antimarxistische Welterlösungslehre“ behaupten: „Der dialektische Materialismus erkennt in den Dingen nichts einem Subjektfaktor Entsprechendes an<sup>36</sup>?“ Lenin selbst hat die Materie als das „Subjekt in der Natur“ bezeichnet<sup>37</sup>.

Der dialektische Begriff der Materie bezieht sich auf eine zwiespältige reale Einheit. Körperliches und Geistiges, Äußerliches und Innerliches sind zu einer Einheit verbunden. In einer seiner Frühschriften sagt Marx: „Man kann den Gedanken nicht von einer Materie trennen, die denkt. Sie ist das Subjekt aller Veränderung<sup>38</sup>.“ Die Frage, ob die Materie oder das Denken, die Natur oder der Geist das Primat besitzt — nach Engels „die höchste Frage der gesamten Philosophie<sup>39</sup>“ — ist falsch gestellt. Die Dialektik kennt kein „Entweder-Oder“, ebensowenig ein „Nichts als“. Der Marxismus hätte sich dialektisch richtiger entwickelt, wenn Marx an seiner dritten These über Feuerbach festgehal-

<sup>33</sup> Marx - Engels, Kleine ökonomische Schriften, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 129.

<sup>34</sup> E. Bloch, Das Prinzip der Hoffnung. Bd. I, S. 261.

<sup>35</sup> Vgl. „E. Bloch, Revision des Marxismus. Kritische Auseinandersetzung marxistischer Wissenschaftler mit der Blochschen Philosophie“. VEB Deutscher Verlag f. Wissenschaften, Berlin 1957.

<sup>36</sup> a.a.O., S. 27.

<sup>37</sup> Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus. S. 260.

<sup>38</sup> Marx - Engels, Die Heilige Familie. Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 259.

<sup>39</sup> Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der deutschen klassischen Philosophie. S. 18.

ten hätte: „Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden, und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß.“ Man kann dem traditionellen orthodoxen Marxismus prinzipiell das Wort von Engels entgegenhalten: „Es kommt überall nicht mehr darauf an, Zusammenhänge im Kopf auszudenken, sondern sie in den Tatsachen zu entdecken<sup>40</sup>“. Die Tatsachen aber sind vielfältig und zwiespältig, jedoch nie einfach und nie unter ein Schema zu bringen. Ursprünglich hatte sich Marx sowohl von einem Idealismus als auch einem Materialismus distanziert. Er sah in einem humanistischen Naturalismus die „beide vereinigende Wahrheit<sup>41</sup>“. Damals stand ihm noch „der wirkliche, tätige Mensch“ vor Augen. So ist es verständlich, daß revisionistische Marxisten immer wieder in den Gedanken des jungen Marx fruchtbare Anregungen und Ausgangspunkte für eine wirklichkeitsnahe, realistische, praktische Philosophie suchen und finden.

## II. Die soziologischen Probleme

### 1. Die „neue Klasse“

Die kommunistische Partei denkt und handelt zwangsläufig dogmatisch-doktrinär. Das einmal verkündete Parteiprogramm bleibt gültig, damit die darauf eingeschworenen Massen nicht unsicher werden. Aus dem allgemein gültigen Parteiprogramm folgt der allgemein bindende Grundsatz der Parteilichkeit. Dieser wiederum zwingt die Partei, alle verfügbaren Machtmittel zur Verwirklichung ihrer Ziele einzusetzen. Das wichtigste Machtinstrument ist der Staat. Die Tätigkeit der Regierung und Verwaltung wird durch Parteifunktionäre in den wichtigsten Ämtern ausgeübt. Darüber hinaus sucht die Partei entscheidenden Einfluß auf das kulturelle Leben und die Erziehung zu nehmen. Im Zuge dieser ideologisch bestimmten Entwicklung bildet sich mit der Zeit eine mit großen Machtbefugnissen ausgestattete politische Bürokratie heraus, von Milovan Djilas „neue Klasse“ genannt<sup>42</sup>.

Djilas gibt in seiner leidenschaftlich-erregt geschriebenen Abrechnung mit dem Kommunismus zwar keine „Analyse des kommunistischen Systems“, wohl aber eine hervorragend anschauliche Darstel-

<sup>40</sup> Engels, a.a.O., S. 58/59.

<sup>41</sup> Marx, Kritik der Hegelschen Dialektik und Philosophie überhaupt (1844) in: Die Heilige Familie und andere Frühschriften. S. 84.

<sup>42</sup> M. Djilas, Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. Deutsch: Kindler Verlag, München 1957.



lung der praktisch-politischen Konsequenz marxistisch-leninistischer Grundsätze. Er zeigt, wie die kommunistische Partei besonders in der UdSSR mit Erfolg bestrebt gewesen ist, eine unangreifbare Position zu schaffen und zu verteidigen. Die Partei begründet eine ihrer Doktrin entsprechende Struktur der Gesellschaft. Eine neue gesellschaftliche Gruppe, die berufsmäßige Bürokratie, entwickelt sich zu einer privilegierten Kaste. So kann es kommen, daß das Geschöpf der Partei am Ende Macht über die Partei gewinnt, oder — wie Djilas es formuliert: „Die Partei macht die Klasse, aber das Ergebnis ist, daß die Klasse wächst und die Partei als Basis benutzt. Die Klasse wird stärker, während die Partei schwächer wird“<sup>43</sup>.

Wenn die Partei nicht lebendig, aktiv bleibt und ihren Mitgliedern nicht einen Spielraum an Initiative und Selbstverantwortlichkeit gibt, entwickelt sich natürlich ein administratives Monopol. Die beißende Kritik am kommunistischen Monopolismus trifft jedoch nur Auswüchse in der Übergangsperiode der sozialistischen Gesellschaft. In jedem totalitären System besitzt die zur Macht gekommene Gesellschaftsgruppe besondere Vorrechte. Es muß aber nicht sein, daß Privilegien nur zu eigenem Vorteil genutzt werden.

Die totalitäre Gesellschaftsordnung des Sozialismus-Kommunismus ist nicht notwendig mit einer Diktatur der politischen Bürokratie verbunden. Rosa Luxemburg und Leo Trotzki haben die Parteibürokratie wiederholt scharf kritisiert. Wenn der sowjetische Kommunismus auf dem Wege über die Kollektivierung des Eigentums zu einer unerhörten Zusammenballung von Macht in relativ wenig Händen geführt hat, so zeigt sich darin nur die Besonderheit eines historischen Systems. Djilas übertreibt, wenn er behauptet: „Es gibt heute keine andere Art Marxismus, das heißt Kommunismus, und es ist kaum möglich, eine andere Art zu entwickeln“<sup>44</sup>.

Rosa Luxemburg hatte schon vor der Jahrhundertwende Lenins Partei-Auffassung getadelt. Lenin hatte von jeher sein Hauptaugenmerk der Heranbildung einer straff organisierten Führungs- und Kampfgruppe, einer „Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten“ gewidmet. Rosa Luxemburg sah die Gefahr der Herrschaft einer Minorität. Die Beseitigung der proletarischen Demokratie verschütten den lebendigen Quell, durch den das öffentliche Leben gereinigt und bereinigt werde, sie zerstöre „das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen“. Die Sowjets geben sich als „die“ Vertretung der Werktätigen aus. Allein man sieht, wohin ihre angemessene Gewaltherrschaft führt: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf,

---

<sup>43</sup> a.a.O., S. 65.

<sup>44</sup> a.a.O., S. 109.

erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft<sup>45</sup>.

Tito hat sich oft gegen eine totalitäre Diktatur, besonders gegen eine Parteidiktatur gewandt. In Jugoslawien kursierte eine Zeitlang das Wort vom Absterben der Partei<sup>46</sup>. Im Sinne Titos hatte Eduard Kardelj in seiner Parlamentsrede vom 1. 4. 1952 erklärt: „Die Alternative zwischen der marxistischen Lehre vom Absterben des Staates und damit auch jedes Parteiensystems und der stalinistischen Theorie von der Stärkung des Staates ist heute der Prüfstein für den wirklichen Sozialismus“. Tito allerdings zögert — im Hinblick auf die innen- und außenpolitische Situation —, etwas von seinen diktatorischen Vollmachten preiszugeben und der Parteiherrschaft ein Ende zu bereiten.

## 2. Das Freiheitsinteresse der Intelligenz

Der schärfste offene oder versteckte Gegner der Parteidiktatur und bürokratischen Kastenherrschaft ist die Intelligenz. Lenin meinte, sich beim Aufbau des sozialistisch-kommunistischen Gesellschafts-systems nur auf Industriearbeiter und Kleinbauern stützen zu brauchen. Er vergaß die Intelligenz, zu der er selbst gehörte; vielleicht vertraute er auch, wie selbstverständlich, auf die loyale Mitarbeit der alten Intelligenz und die sichere Gefolgschaft der jungen. In beiderlei Beziehung irrten sich Lenin und die kommunistischen Machthaber.

Die Intelligenz ist grundsätzlich an der Sicherung der Geistesfreiheit, der Freiheit des Gedankenaustausches, der Freiheit wissenschaftlichen Forschens und künstlerischen Gestaltens interessiert. Theoretisch erkennen die Parteiführer dieses vitale Interesse der Intelligenz gewiß an. So sagt Stalin in seiner Schrift „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“: „Es ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der

---

<sup>45</sup> Rosa Luxemburg, Die russische Revolution (1918). Mit einer Einleitung „Zum Vierzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution“ von Bernh. Krauß. Verlag Niemeyer, Hameln 1957, S. 78/79.

<sup>46</sup> Vgl. über den jugoslawischen Weg das interessante und aufschlußreiche Buch von Ernst Halperin Der siegreiche Ketzler. Titos Kampf gegen Stalin. Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1957, besonders S. 197—320.

Kritik sich entwickeln und gedeihen kann.“ Schließlich betont er nachdrücklich: „Der Marxismus als Wissenschaft kann nicht auf der Stelle stehenbleiben — er entwickelt und vervollkommnet sich. In seiner Entwicklung muß sich der Marxismus selbstverständlich mit neuen Erfahrungen und neuen Kenntnissen bereichern . . . Der Marxismus erkennt keine unveränderlichen Schlußfolgerungen und Formeln an, die für alle Epochen und Perioden obligatorisch werden. Der Marxismus ist ein Feind jeglichen Dogmatismus<sup>47</sup>“. In Wirklichkeit ist gerade Stalin ein Erzdogmatiker und Feind offener Kritik gewesen.

Nach dem XX. Parteitag schien sich nicht nur die politische, sondern auch die geistige Situation zu ändern. Alle Welt erwartete „Tautetter“. Der unter diesem Titel erschienene Roman von Ilja Ehrenburg war das Dokument einer geistigen Auflockerung. Ehrenburg kämpfte unentwegt für die Freiheit des Geistes. Jeder kulturell Schaffende müsse sich frei betätigen. In den „Lehren Stendhals“ findet sich das ketzerische Wort: „Wenn die ‚Gesellschaft‘ einem Newton, Kopernikus, Mendelejew oder Einstein hätte befehlen können, was sie zu suchen und zu finden haben, die Welt bedürfte wahrhaftig nicht mehr des Genies“. Lenin hatte im Jahre 1905 in einem Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ von einer ungeahnten Blüte einer kommenden sozialistisch-realistischen Literatur gesprochen. „Das wird eine freie Literatur sein, die das letzte Wort des revolutionären Gedankens der Menschheit durch die Erfahrung und die lebendige Arbeit des sozialistischen Proletariats befruchten wird<sup>48</sup>“. . . . Wie gering aber ist die Zahl echter Kunstwerke, die sich auf dem Boden des sozialistischen Realismus entwickelt haben!

Der geistvollste Kommunist der Gegenwart, der chinesische Staats- und Parteichef Mao Tse Tung, war um eine freiheitliche Entwicklung von Kunst und Wissenschaft ernstlich bemüht. In seiner berühmten Februar-Rede von 1957 (vor dem Obersten Staatsrat des Landes) erhob er jene bekannte, aufsehenerregende Forderung: „Laßt viele Blumen blühen, . . . laßt viele Gedankenschulen miteinander wetteifern!“ China brauche so viele Intellektuelle wie möglich, um den gigantischen sozialistischen Aufbau von Staat und Wirtschaft durchführen zu können. Viele Parteigenossen hätten keinen Respekt vor geistig-schöpferischer Arbeit. Sie hinderten selbständiges Denken und eigenwillige Kritik. Oder dürfe der Marxismus nicht kritisiert werden? Natürlich müsse er mit sachlicher Kritik rechnen und ihr standhalten. „Als wissenschaftliche Wahrheit fürchtet der Marxismus keine Kritik. Täte er es und wäre er mit Argumenten zu besiegen, dann taugte er

<sup>47</sup> Stalin, a.a.O., S. 38 und 66.

<sup>48</sup> Lenin, Sämtliche Werke, Bd. VIII, Wien-Berlin 1931, S. 526/27. Vgl. zu diesem Problem: Georg Lukàcz, Wider den mißverstandenen Realismus. Claassen Verlag, Hamburg 1958.



nichts. Die Marxisten sollten sich vor keiner Kritik von irgendeiner Seite fürchten. Pflanzen, die in Treibhäusern wachsen, sind meist nicht widerstandsfähig.“ Partei und Staat sollten von Methoden der Unterdrückung abgehen. Mit Andersdenkenden soll man diskutieren, besonders mit Revisionisten. Sie seien weit gefährlicher als Dogmatiker und Doktrinäre. Ideologische Gegnerschaft sei mit überzeugenden Argumenten zu überwinden. „Wir denken, daß es für das Wachsen der Kunst und der Wissenschaft schädlich ist, wenn administrative Maßnahmen angewandt werden, um einen bestimmten Kunststil oder eine bestimmte Gedankenschule durchzusetzen und eine andere zu verbieten.“ Schon ein Jahr vorher hatte Tschou En-lai vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas einen Bericht über die Frage der Intellektuellen gegeben. Er warnte vor der Unterschätzung Intellektueller und rief die Partei auf, in geeigneter Weise die vorhandenen Kräfte der Intelligenz nutzbar zu machen. Dazu sei eine taktvolle und vernünftige Haltung der Parteigenossen besonders gegenüber der alten parteilosen Intelligenz erforderlich. Innerpolitische und innerwirtschaftliche Schwierigkeiten veranlaßten Partei und Regierung jedoch bald, von ihrer freiheitlichen Politik abzugehen und den Grundsatz der unbedingten Parteilichkeit — mindestens für die nächsten Jahre — erneut zu bekräftigen.

Nur „ein“ kommunistischer Parteichef hat die Linie des orthodoxen, von Stalin festgelegten Marxismus nie auch nur einen Fußbreit verlassen: Walter Ulbricht. In seinem Referat „Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED am 30. 1. 1957) hat er die wissenschaftliche Arbeit in seinem Machtbereich scharfer Kritik unterzogen. Die Aufgabe der Wissenschaft sei es, der Partei zu dienen. „Für uns Marxisten-Leninisten dient das Streben nach objektiver Wahrheit der Ausarbeitung der politischen Linie, die das richtige Handeln garantiert, die die Macht des Arbeiter- und Bauernstandes erhöht, die die führende Rolle der Partei, ihren Einfluß und ihre Verbindung mit den Massen stärkt. Jeder Meinungsstreit, der diesem Ziele dient, ist wertvoll und willkommen, denn er führt uns rascher zur Erkenntnis.“ Die bekannte, von Wissenschaftlern und Literaten begeistert aufgenommene Parole: „Laßt alle Blumen blühen!“ sei keine Freigabe für Unkraut. „Das Unkraut des Revisionismus ist weder eine Blume, noch schön, noch eine nützliche Pflanze. Die Hauptaufgabe der Genossen Wissenschaftler besteht immer und gerade jetzt darin, der Partei zu helfen, die Wahrheit zu erkennen, auf die gestützt wir eine richtige und erfolgreiche Politik durchführen werden“<sup>49</sup>.

<sup>49</sup> W. Ulbricht, Grundfragen der Politik etc. Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 53/54.

Die „monolithische Einheit“ der Partei bzw. das Parteimonopol schließt, wie Rosa Luxemburg gegenüber Lenin immer wieder betont hat, geistige, politische, wirtschaftliche Freiheit aus. Das ist heute eine alltägliche Erfahrung in allen Ländern kommunistischer Parteiherrschaft. Die schlimmste Tyrannei, die einem Menschen widerfahren kann, ist, nicht frei denken und seinen Gedanken frei Ausdruck geben zu können. Milovan Djilas hat diese geistige Tyrannei selbst erlebt. Seine Worte mögen hier für die vieler anderer stehen, die zum Schweigen verurteilt waren oder sind, obwohl sie sprechen möchten. „Die Beschränkung der Gedankenfreiheit ist nicht nur ein Eingriff in ausdrückliche politische und soziale Rechte, sondern ein Anschlag auf den Menschen als solchen. . . . Die Geschichte wird den Kommunisten vielleicht noch zubilligen, daß die Ereignisse und die Notwendigkeit, ihre Existenz zu verteidigen, sie zu vielen brutalen Handlungen gezwungen haben. Dafür aber, daß sie jeden andersartigen Gedanken unterdrückt und zum Wohl ihrer persönlichen Interessen ein ausschließliches Monopol über das Denken errichtet haben, wird die Geschichte die Kommunisten an ein Kreuz der Schande schlagen<sup>50</sup>.“

### 3. Die Lebensinteressen der Massen

Rosa Luxemburg sah antagonistische Gegensätze zwischen dem Parteimonopol und dem Lebens- und Betätigungswillen der Massen voraus. Infolgedessen kämpfte sie gegen die sowjetische Parteidiktatur: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden.“<sup>51</sup> Rosa Luxemburg verstand die von Marx und Engels geforderte „Diktatur des Proletariats“ ganz im Sinne ihrer Meister, als Herrschaft der ganzen Klasse. „Diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, das heißt, sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen<sup>52</sup>.“ Was wäre geschehen, wenn der Kronstadter Aufstand vom März 1921 siegreich gewesen wäre? Die Aufständischen hatten freie, allgemeine und geheime Wahlen der Sowjets, Freiheit in Wort und Schrift, Freiheit der Gewerkschaften und Bauernbünde gefordert. Die blutige Niederwerfung des Aufstandes sicherte endgültig die Parteiherrschaft.

<sup>50</sup> M. Djilas, Die Neue Klasse. Kindler Verlag, München 1957, S. 200. Vgl. hierzu die Einführung von Alfred Kantorowicz.

<sup>51</sup> R. Luxemburg, Die russische Revolution. S. 76.

<sup>52</sup> R. Luxemburg, Die russische Revolution. S. 82. Vgl. auch die Einführung von Bernhard Krauß, S. 33.



Spätere Aufstände hatten ähnliche Ursachen und nahmen einen ähnlichen Ausgang. Wir denken an den 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland und Ostberlin, an die Ereignisse in Posen und Warschau, an die Revolution in Ungarn 1956.

Der Konflikt zwischen Partei und Masse ist von niemand erregender geschildert worden als von W. Gomulka in seiner berühmten Rede vor dem politischen Zentralkomitee am 22. 10. 1956 in Warschau: „Die Posener Arbeiter haben nicht gegen Volkspolen protestiert und auch nicht gegen den Sozialismus, als sie auf die Straße gingen. Sie haben gegen all das schlechte protestiert, das sich in unserem ganzen gesellschaftlichen System breitgemacht hat und sie auch sehr fühlbar traf. Sie haben gegen die Abweichung protestiert, gegen die Entstellung der Grundprinzipien des Sozialismus. . . . Die Arbeiterklasse hat mit der Idee des Sozialismus alle ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben verbunden. Sie hat für diesen Sozialismus von jenem Tage an gekämpft, an dem sie bewußt zu leben begann.“ Was aber haben Partei und Regierung getan? Sie haben ein Zerrbild des Sozialismus geschaffen. Die Arbeiterklasse hat sich nie leichtfertig des Generalstreiks als eines letzten Kampfmittels bedient. Jetzt aber gab es keinen anderen Ausweg. „Das Maß war voll, und man kann es nie ungestraft zum Überlaufen bringen.“

Nach dem 20. Parteitag brachte ein belebender Luftzug die Bevölkerung in Bewegung. „Die Leute“, sagte Gomulka, „fingen an, den Rücken zu strecken. Schweigende, vergewaltigte Geister begannen, den giftigen Nebel der Verlogenheit, der Falschheit und der Zwiezüngigkeit abzuschütteln.“ Die Parteileitung in Polen habe es aber nicht verstanden, der neuen Situation Rechnung zu tragen und auf die Linie eines menschlichen Sozialismus umzuschwenken. Man hätte dem Volke die Wahrheit sagen müssen. „Wenn man sie verheimlicht, kommt sie als ein gefährliches Gespenst wieder zum Vorschein, als ein Gespenst, das Schrecken und Unruhe auslöst, Empörung und Wut.“ Auf Wahrhaftigkeit ruht Vertrauen. „Die Wahrheit, die einem Volk ohne alle Umschweife gesagt wird, gibt Kraft — sie wird der Volksmacht und unserer Partei den vollen Vertrauenscredit der werktätigen Massen wiedergeben. Diesen Kredit brauchen wir, weil er unerlässlich ist für die Verwirklichung unserer Pläne.“

Das polnische Volk meinte damals, wie Edda Werfel schrieb, einen „Völkerfrühling“ zu erleben, die Geburt eines — Kapitalisten wie Stalinisten erschreckenden — menschlichen Sozialismus. Der junge polnische Soziologe Leszek Kolakowski schrieb in der Zeitschrift „Sztandar Mlodych“, Warschau, 7. Mai 1957, „Sozialismus ist nicht: Eine Gesellschaft, in der ein Mensch, der kein Verbrechen begangen hat, zu Hause sitzt und auf die Polizei wartet. Eine Gesellschaft, in der



einer ins Unglück gerät, weil er sagt, was er denkt, während ein anderer glücklich ist, weil er nicht sagt, was in seinem Hirn vorgeht. Eine Gesellschaft, in der einer bequem lebt, weil er überhaupt nicht denkt. Ein Staat, in dem einer ohne Prozeß verurteilt werden kann. Ein Staat, in dem die Arbeiter auf die Regierung keinerlei Einfluß haben. Ein Staat, in dem es Sklavenarbeit gibt. Eine Gesellschaft, in der sich die Führer selbst zu ihren Funktionen ernennen“ usw. „Nun, Freunde,“ beschließt Kolakowski seine scharf formulierten Thesen, „dies war der erste Teil. Aber jetzt hört genau zu, jetzt wollen wir euch sagen, was Sozialismus ist: Sozialismus ist eine gute Sache<sup>63</sup>!“

Die Ursachen „antagonistischer Gegensätze“ und revolutionärer Konflikte im „sozialistischen Lager“ erklären sich keineswegs nur aus ökonomischen Verhältnissen. „Der Mensch lebt nicht von Brot allein,“ heißt der Titel des bekannten Romans von Dudinzew. Engels hat in seinen letzten Lebensjahren zugegeben, daß Marx und er den ökonomischen Faktoren zu großes Gewicht für die geschichtliche Entwicklung gegeben hatten. Die Führung selbst erwartet ja von den Massen weit mehr, als daß sie schlecht und recht arbeiten und an ihren Unterhalt denken. Man fordert Opferbereitschaft, Uneigennützigkeit, Selbstverantwortlichkeit. Natürlich richtet sich die Hoffnung bedrängter und bedrückter Massen auf Besserung der materiellen Lebensverhältnisse, darüber hinaus aber auf ein menschenwürdiges Dasein. Enttäuschte Hoffnung war die Ursache des großen Aufbegehrens in den Jahren 1953 und 1956. Und was sie im Grunde wollten, war die Verwirklichung eines humanitären Sozialismus.

### III. Die ökonomischen Probleme

#### 1. Die sozialistische Planwirtschaft

Die Vertreter des Marxismus-Leninismus sind überzeugt, daß die westliche, „kapitalistische“ Wirtschaft infolge der ihr innewohnenden unlösbaren Widersprüche untergehen wird. Diese Untergangsprognose bedarf zu ihrer Begründung nicht einmal empirischer Daten. Sie läßt sich schon deduktiv aus dem Klassencharakter des „Kapitals“ herleiten. Kapital ist das Privateigentum, mit dessen Hilfe die Lohnarbeit ausgebeutet wird und das sich nur durch Ausbeutung neuer Lohnarbeit vermehrt. Dieser Prozeß kann nicht unbegrenzt laufen, sei es, weil sich die Ausgebeuteten gegen die Ausbeutung auflehnen, sei es, weil — infolge der Profit- und Kapitalakkumulation und der sich daraus

<sup>63</sup> Vgl. hierzu die Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus „Einheit“. Herausgegeben vom Ostbüro der SPD, Bonn. Sonderheft: Die Marxismus-Diskussion in Polen, 1957.

ergebenden relativen Überproduktion — Depressionen und Krisen entstehen. Schon Nossig und Bernstein haben auf die unrealistische Konzeption der Untergangstheorie bei Marx und Engels hingewiesen. Man sehe und erlebe keine zunehmende Ausbeutung, keine Verarmung und Verelendung, keine Vernichtung von Mittel- und Kleinbetrieben und schließlich auch nicht den Amoklauf der Wirtschaft von Krise zu Krise.

Die Prognose, die Marx dem Kapitalismus auf Grund seiner Analyse des englischen Frühkapitalismus stellte, war richtig, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Verhältnisse sich gleichblieben. Da sich diese aber in der Folgezeit erheblich wandelten — man denke an Selbsthilfe und Staatshilfe! —, mußte die Voraussage fehlerhaft sein. Dennoch vererbten sich die Thesen des Kommunistischen Manifests ungeprüft von Generation zu Generation. Der Kapitalismus habe, hieß es und heißt es, in der Form des Monopolkapitalismus die Stufe erreicht, auf der das „ökonomische Grundgesetz“ dieses Systems am deutlichsten hervortrete: „Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen“<sup>54</sup>.

Wir wollen auf das gänzlich irrealer Bild, das sich sowjetische Wissenschaftler von der westlichen Welt machen, nicht eingehen. Nur einige Stichproben aus den „Studien zur Geschichte des Kapitalismus“ von Jürgen Kuczynski mögen zur Illustration östlicher Ansichten dienen. Der Autor, dem wir an sich wissenschaftlichen Ernst und sachlichen Forschersinn zugestehen möchten, sieht in der modernen Marktwirtschaft noch all die schlimmen Dinge, die vor hundert Jahren Sozialreformer und Sozialisten auf den Plan riefen. „Der Prozeß der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse,“ behauptet Kuczynski, „ist eine gesetzmäßige Bewegung in der kapitalistischen Gesellschaft.“ „Verelendung heißt: Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation.“ Ein besonderer Trick der herrschenden Klasse in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist es, den Lebensstandard der Arbeiter — auf niedrigem Niveau — über die Kaufkraft der Arbeiter zu erhöhen.“ Die beiden Mittel hierzu: Bau von Arbeiterwohnungen und Einrichtung von Abzahlungsgeschäften. „Hier zeigt sich die ganze Teuflichkeit des modernen Kapitalismus . . .“ „All das nutzen die Kapitalisten aus, um

<sup>54</sup> Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Dietz Verlag, Berlin 1942, S. 39.

den Arbeiter zu verschulden, so daß er von sich aus, ohne daß die Kapitalisten sichtbar (!) die Peitsche zu schwingen brauchen, immer intensiver arbeitet und einen längeren Arbeitstag verlangt!“ Kuczynski schließt seine „Studien“: „Unter welchen Gesichtspunkten wir auch die Lage der Arbeiter in der kapitalistischen Welt betrachten — ob unter dem der absoluten Verelendung oder dem der Ausbeutung, ob wir in einzelnen Fällen gewissen Verbesserungen von Einzelfaktoren der Lebenshaltung feststellen, ob wir ausgeplünderte Kolonien oder das mächtigste kapitalistische Land untersuchen —, stets zeigt das Leben, zeigt die Wirklichkeit, die wir auf Grund der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, auf Grund der Erfahrungen der Arbeiterklasse zu analysieren gelernt haben, eine Verschlechterung in der Lage der Arbeiter von Zyklus zu Zyklus an<sup>55</sup>.“ Würde ein Kollege im sozialistischen Lager diese oder ähnliche Ausführungen unter Hinweis auf die Fakten auch nur ein wenig berichtigen, würde er Gefahr laufen, als Verräter an der Parteidoktrin gebrandmarkt zu werden. Es ist fast eine Ironie, daß Kuczynski selbst trotz seiner eindeutig parteimäßigen Einstellung von Ulbricht persönlich parteimäßiger Abirrung bezichtigt worden ist.

Hat die kapitalistische Wirtschaft (nach marxistischer Auffassung) keine Zukunft, so werden umgekehrt der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft alle Chancen der Befreiung der Menschheit von Not und Elend gegeben. Nach sowjetischer Vorstellung muß die sozialistische Wirtschaft als eine Zentralplanwirtschaft begründet werden. Denn nur so sei es möglich, alle Produktionsinstrumente in den Händen der herrschenden Klasse des organisierten Proletariats zu vereinigen und die Masse der Produktionskräfte rasch zu vermehren. Rein rational betrachtet, ist die Zentralplanwirtschaft einer freien Marktwirtschaft in gewisser Hinsicht überlegen. Auf Befehl der Regierung können gigantische Unternehmen in der Energiewirtschaft, Verkehrswirtschaft, Bauwirtschaft, in Industrie und Landwirtschaft durchgeführt werden. Das Maximum ist Trumpf: die maximale Investition, die maximale Verwendung von Arbeitskräften (einschließlich Frauenarbeit), die maximale Intensivierung der Arbeitsleistung, die maximale Steigerung der Produktion usw. Natürlich kann das Maximum niemals im Ganzen, sondern nur in einzelnen Punkten erstrebt und erreicht werden. So ist die Zentralplanwirtschaft denn auch ein System ökonomischer Schwerpunkte, die jeweils der Situation entsprechend verlagert werden. Das System funktioniert, solange das Volk bereit ist, durch Konsumverzicht für Kosten und Fehler aufzukommen, wenn sich die Werktätigen also bedingungslos in das System einfügen. Wie sich doch die

---

<sup>55</sup> J. K u c z y n s k i, Studien zur Geschichte des Kapitalismus. Akademie-Verlag, Berlin 1957, S. 149, S. 155 und S. 164.



Funktionäre sowohl des dirigierten wie des sich selbst steuernden Wirtschaftssystems gleichen: die Funktionäre der Zentralplanwirtschaft und die der freien Marktwirtschaft! Sie müssen prompt reagieren, jene auf Parolen, diese auf Symptome.

Die einseitige Entwicklung einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung führt zu inneren Gegensätzen. Eine individualistische Ordnung führt den Kollektivismus, eine kollektivistische Ordnung den Individualismus herauf<sup>56</sup>. Das Konkurrenzsystem treibt zu privater Koalition und staatlicher Intervention. Umgekehrt entwickelt sich die Kollektivwirtschaft. Die Zwangskollektivierung sichert zwar für eine gewisse Zeit die Produktion, gewährleistet jedoch nicht auch eine Produktionssteigerung. Dieser Sachverhalt zeigte sich deutlich in den letzten Jahren in Mitteldeutschland. Der Rückgang der Wachstumsrate der Produktion war eine auffällige und bedenkliche Erscheinung. Einige führende Wissenschaftler sahen die Ursache des Rückganges der Produktivität in den staatlichen Methoden der Wirtschaftsführung, in der „übermäßigen Administrierung und Reglementierung der Betriebe“.

Nach der Machtübernahme regulieren Partei und Staat die Produktion. Wenn die Verwaltung nach der Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht dezentralisiert wird, besteht nach Meinung jener Wissenschaftler (Behrens und Benary) die Gefahr einer Bürokratisierung der Wirtschaft und eines sich entwickelnden antagonistischen Gegensatzes zwischen politischer Bürokratie und Arbeiterschaft. Niemand bezweifelt, meint Behrens, die Notwendigkeit einer staatlichen administrativen Lenkung in der ersten Übergangsperiode. Es dürfte sogar eine Zentralisierung der Wirtschaft in extremer Form erforderlich sein. In der eigentlichen Periode des Sozialismus muß aber die administrative Lenkung der „ökonomischen Leitung“ Platz machen. Solange ein Markt und eine Warenzirkulation besteht, sollte man „die regulierende Funktion der Preise auch wirklich ausnutzen“<sup>57</sup>.

Die SED ist dieser Auffassung scharf entgegengetreten. Das Hauptinstrument bei der Begründung des Sozialismus sei die Staatsmacht. „In Theorie und Praxis mit dem Absterben der sozialistischen Staatsmacht zu experimentieren, kommt einer Einladung an die Imperialisten gleich, den kalten Krieg zu verschärfen und kontrarevolutionäre Putsche zu organisieren“<sup>58</sup>.

---

<sup>56</sup> Vgl. meinen Beitrag für die Festschrift für Werner Sombart: Theorie der Wirtschaftsverfassung. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1933.

<sup>57</sup> Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“, 5. Jahrgang, 3. Sonderheft, 1957, S. 120; vgl. S. 112 ff.

<sup>58</sup> W. Ulbricht, Grundfragen der Politik der SED. Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 53.

## 2. Der sozialistische Wettbewerb

Die eigentliche Triebkraft des technisch-ökonomischen Fortschritts (unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln) ist „die sozialistische Initiative der Werktätigen“ (Arne Benary). Die Hauptform, in der sich die Masseninitiative äußert, ist der sozialistische Wettbewerb. In der monopolkapitalistischen Wirtschaft läuft der Wettbewerb — mit Lenin gesagt — auf eine „brutale Unterdrückung der Energie und der kühnen Initiative der gigantischen Mehrheit der Bevölkerung“ hinaus. Am Ende werde er durch Finanzschwundel, Despotismus und Liebedienerei ersetzt. Der Sozialismus dagegen „schafft erstmalig die Möglichkeit,“ den Wettbewerb „wirklich auf breiter Grundlage, wirklich im Massenumfange anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt“.

Die sozialistische Wirtschaft ist dem „Kapitalismus“ zwifach überlegen: durch die planmäßige bewußte Leitung der volkswirtschaftlichen Produktion und durch die Initiative der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb. Benary hält der traditionellen Analyse der sozialistischen Wirtschaft vor, daß die hier wirksamen dialektischen Faktoren nicht hinreichend beachtet würden. „Gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses und die schöpferische Initiative der Werktätigen bilden eine dialektische Einheit<sup>59</sup>.“ In der Deutschen Demokratischen Republik komme es vor allem darauf an, in den spontan tätigen Wirtschaftlern, insbesondere Arbeitern, das Bewußtsein ihrer sozialistischen Aufgabe zu wecken. Voraussetzung dazu sei die Teilnahme der Werktätigen an der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes. Dieser Plan sei „keine Angelegenheit zentraler Planungsorgane allein (oder sollte es nicht sein!); er ist Sache der gesamten Gesellschaft“<sup>60</sup>.

In der planmäßigen Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, führt Benary weiter aus, kommen „einander bedingende Gegensätze“ zur Entfaltung: „Spontaneität und Bewußtheit, operative Selbständigkeit und Zentralisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, strengste Einhaltung einheitlicher Normen und Mannigfaltigkeit der Einzelheiten, persönliche Interessen und gesellschaftliche Interessen, Erkenntnis ihrer Einheit und Erkenntnis des Widerspruchs zwischen ihnen, diese — um die wichtigsten zu nennen — Gegensatzpaare liegen dem Gegensatz von bewußter Leitung und Planung des

<sup>59</sup> Arne Benary, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“, a.a.O., S. 71.

<sup>60</sup> a.a.O., S. 77.

gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und der schöpferischen Aktivität der Werktätigen zugrunde, sie bedingen und durchdringen einander, sie bilden eine Einheit<sup>61</sup>.“ Damit sich die sozialistische Wirtschaft nicht zu einer Zentralverwaltungswirtschaft und Befehlswirtschaft entwickelt, dürfen nicht nur Auswüchse und Überspitzungen vermieden werden. Die Volkswirtschaft verlangt eine Methode, welche die schöpferische Initiative der Werktätigen weckt und fördert: die „ökonomische Methode“. Das Wesen dieser Methode besteht in der Schaffung von Bedingungen, auf Grund deren sich die Wirtschaft spontan und im voraus berechenbar entwickeln kann. Während die „administrative Methode“ unvermeidlich zu Konflikten zwischen der zentralen Planung und dem Willen zu selbstverantwortlicher Tätigkeit führt, nutzt die „ökonomische Methode“ die ökonomische Gesetzmäßigkeit aus und entfesselt die schöpferische Aktivität der Werktätigen.

Propaganda und Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs sind im gewissen Sinne Aktionen der Liberalisierung. Denn der einzelne kann sich nur dann schöpferisch und selbstverantwortlich betätigen, wenn die Verhältnisse freiheitliches Denken und Handeln gestatten. Notwendig wäre also eine Dezentralisierung der Verwaltung, notwendig die Einschränkung der „administrativen Methode“, notwendig die unmittelbare Beteiligung der Arbeiter an ihrem Arbeitsprodukt auf der Grundlage kollektiven Eigentums. Diese Forderungen lassen sich marxistisch durchaus rechtfertigen. Natürlich aber bedeuteten sie eine Kritik an dem sowjetisch-zentralistischen System. Sie werden daher von der Partei abgelehnt.

### 3. Die Sozialisierung

Mit dem Marxismus ist eine Sozialisierung der Produktionsmittel notwendig verbunden. In welcher Form aber, in welchem Sinne? Marx und Engels haben ihre Meinung über die Sozialisierung mehrfach geändert. Im Kommunistischen Manifest fordern sie die Konzentrierung aller Produktion „in den Händen der assoziierten Individuen“. Beinahe im gleichen Atemzug aber wollen sie die Produktionsmittel in der Hand des Staates wissen. Im „Kapital“ definiert Marx die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft als „einen Verein freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als ‚eine‘ gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“<sup>62</sup>. Andererseits lassen Marx und Engels keinen Zweifel daran, daß das kapitalistische Privateigentum nur durch den proletarischen Staat in Besitz genommen werden kann. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel müßten verstaatlicht werden.

<sup>61</sup> A. B e n a r y, a.a.O., S. 83. Zum Methodenproblem vgl. S. 84 ff.

<sup>62</sup> M a r x, Das Kapital (1. Aufl. 1867). Dietz Verlag, Berlin 1957, Br. I, S. 84.



Engels betont aber wiederum, daß die Verstaatlichung nur für die erste Zeit der Machtergreifung notwendig ist: „Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft —, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat“<sup>63</sup>.

Marx und Engels waren überzeugt, daß das Staatseigentum in Kürze durch gesellschaftliches Eigentum abgelöst werden muß. Auch Lenin sah in dem proletarischen Staat nur das Instrument zur Verwirklichung eines „höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit“<sup>64</sup>. Schließlich betonte selbst Stalin in seiner letzten Schrift, daß das Staatseigentum nur eine Übergangserscheinung sei: „Die Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum soll „die einzige, jedenfalls aber die beste Form der Nationalisierung“ sein? „Das stimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Überführung in staatliches Eigentum nicht die einzige und nicht einmal die beste Form der Nationalisierung, sondern die Anfangsform der Nationalisierung . . .“<sup>65</sup>. Tatsächlich haben allerdings Lenin wie Stalin den Staatsapparat mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln gestärkt und keinerlei Anstalten gemacht, das Staatseigentum zu „sozialisieren“.

Der sowjetische Staatssozialismus bzw. Staatskapitalismus ist infolgedessen oft Gegenstand heftiger Kritik gewesen. Tito hat zuerst mit der 1948/49 durchgeführten Zwangskollektivierung nach sowjetischem Muster gebrochen. Die jugoslawische Wirtschaft entwickelte sich so ungünstig, daß „die Notwendigkeit einer Änderung der gesellschaftlichen Beziehungen“ unausweichlich wurde. In dem Agrarprogramm vom 27. 4. 1957 wurde indessen nicht etwa das Privateigentum restauriert. Solche Orientierung würde ja bedeuten, „daß das Dorf der anarchischen wirtschaftlichen und sozialen Differenzierung überlassen bliebe und der größte Teil der arbeitenden Bauernschaft in die Hände der kapitalistischen Ausbeutung gegeben würde“. Tito wählte als neuen Ausgangspunkt für die Sozialisierung der Landwirtschaft die „Allgemeine Genossenschaft“ (Opća Zadruga). Staatliche Investitionen und Subventionen kommen nur diesen sozialistischen Genossenschaften, nicht aber den selbständig bleibenden Bauern zugute. Werden die jugoslawischen Bauern, die ja weit mehr mit ihrem Grund und Boden verbunden sind als die russischen Kleinbauern, ihre angestammten Besitzrechte aufgeben? Werden sie das von ihnen erwartete Interesse an der „gewaltigen Produktionssteigerung“ teilen und um der gesellschaftlichen Produktion wegen auf ihre Selbständigkeit verzichten?

<sup>63</sup> Engels, *Anti-Dühring*. S. 347.

<sup>64</sup> Lenin, *Ausgewählte Werke*. Bd. II. Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 569.

<sup>65</sup> Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*. S. 88.

Wenn Chruschtschew im Mai 1957 vor Kolchosbauern auf das jugoslawische Agrarprogramm als warnendes Beispiel hinwies und meinte, daß damit „eine der wichtigsten Grundlagen des Sozialismus liquidiert“ worden sei, so übertrieb er erheblich. Weit mehr als in der Landwirtschaft Jugoslawiens zeigen sich „revisionistische Bestrebungen“ in der Industrie. Tito hatte schon im Juni 1950 vor der Nationalversammlung erklärt, Jugoslawien mache fortan Ernst mit der sozialistischen These des „gesellschaftlichen Eigentums“. Fabriken und Wirtschaftsunternehmen würden den „Arbeiterkollektiven“ übergeben werden. „Von nun an wird das Staatseigentum an den Produktionsmitteln — Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen — allmählich in eine höhere Form von sozialistischem Eigentum übergehen. Staatseigentum ist die niedrigste Form des sozialistischen Eigentums und nicht die höchste, wie es die Führer der UdSSR haben wollen. Hierin liegt unser Weg zum Sozialismus...“<sup>66</sup> Die jugoslawische Volkswirtschaft entwickelt sich, dieser Konzeption entsprechend, zu einer „Marktwirtschaft ohne Privatunternehmen“. Obwohl dieses System noch nicht ausgereift ist, glaubt Halperin aus eigener Beobachtung doch sagen zu können: „Der totalen Planwirtschaft ist dieses System unendlich überlegen, und zwar einmal, weil es eben die großen Vorzüge jeder Marktwirtschaft besitzt: Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, und dann, weil die Betriebsangehörigen nicht, wie im sowjetischen System, einfach daran interessiert sind, einen möglichst großen Ausstoß ohne Rücksicht auf Kosten, Qualität und Brauchbarkeit zustande zu bringen, sondern ein Interesse daran haben, gute und absatzfähige Erzeugnisse auf den Markt zu bringen — und dies bei größtmöglicher Rentabilität“<sup>67</sup>.

Glaubte Tito schon, sozialistischer und kommunistischer als die sowjetischen Politiker zu sein, so ist er noch durch Mao Tse Tung übertrumpft worden. Ende August 1958 beschloß das Zentralkomitee der KP der Volksrepublik China die Umwandlung der Kollektivfarmen in „Volkskommunen“. In der Resolution vom 29. 8. 1958 heißt es: „Die Kommunen sollen in allen Fällen als Volkskommunen bezeichnet werden. Es besteht keine Notwendigkeit, sie in Staatsfarmen zu verwandeln. Wenn wir sie als Farmen bezeichnen, dann können sie sich nicht gleichzeitig mit Industrie, Landwirtschaft, Warenaustausch, Erziehung und Milizwesen befassen“<sup>68</sup>. Die Volkskommunen sind Selbstverwaltungskörperschaften, die eine große Zahl politischer, wirtschaftlicher,

<sup>66</sup> Vgl. Halperin, Der siegreiche Ketzer. Vgl. auch „Das neue Agrarprogramm Titos. Neue Zürcher Zeitung vom 11. 5. 1957 und „Donau-Presse“, 2. Jahrg. Nr. 13 vom 31. 5. 1957.

<sup>67</sup> Halperin, a.a.O., S. 156.

<sup>68</sup> Vgl. über den neuen Weg Chinas: Lily A b e g g, Das Eigentum dem Volke. Die Gründung der Volkskommunen in China. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 10. 1958 Nr. 242.



kultureller und militärischer Aufgabengebiete in sich fassen. Sie sind also keineswegs nur auf das flache Land beschränkt. Durchschnittlich leben in den Volkskommunen dreißigtausend Menschen. Sie müssen so angelegt sein, daß sie sich mit allem Notwendigen selbst versorgen können. Der Vorteil dieser neuen Einrichtung liegt auf der Hand. Die in ihren Einzelheiten, ja auch in großen Zügen von Peking aus nicht übersehbare chinesische Großraumwirtschaft erfährt eine tiefgreifende Dezentralisierung. Die Selbstverwaltung gibt vielerlei Chancen für die Produktionsentwicklung und Produktionssteigerung. Die Kollektivfarmen, heißt es heute, hätten unbefriedigend gearbeitet. „Nur die Volkskommunen seien imstande, Industriebetriebe zu gründen, große Bewässerungsanlagen anzulegen und die so dringend benötigten Straßen zu bauen.“ Die Bauern in den Volkskommunen werden Landarbeiter, werden in Arbeitsbrigaden aufgeteilt, vielleicht für eine gewerbliche Arbeit eingesetzt und in ein Bergwerk geschickt. Das Leben in den Volkskommunen ist ganz und gar kollektiviert. Es gibt Massenkantinen, Massenschneidereien, auch Massenbäckereien, Säuglingsheime und Kindergärten, gemeinsame Erziehungsanstalten und — neu für chinesische Verhältnisse — gemeinsame Friedhöfe. Wird aber der wahrscheinliche Produktionserfolg den Verlust des privaten Lebens wettmachen? Das chinesische Volk soll „völlig von den Fesseln des individuellen Lebens befreit“ werden. Es soll sich gänzlich der Führung der Kommunistischen Partei anvertrauen. Wenn sich Männer und Frauen in Stadt und Land zur Arbeit begeben, „sollen sie das Gefühl haben, ein Schlachtfeld zu betreten“. Lily Abegg meint zu diesen aufsehenerregenden Vorgängen in China, die Regierung handle grundsätzlich und radikal, vor allem auch geschickt. „Denn geschickt ist es, die neuen Organisationen als ‚Volkskommunen‘ zu bezeichnen. Dadurch wird die Tatsache der Diktatur der Kommunistischen Partei etwas verwischt und ein ‚volksdemokratischer‘ Charakter vorgetäuscht.“

Wie denkt Chruschtschew über diesen Weg Chinas? Muß er nicht in der Abschaffung des Kolchossystems und der Begründung dieser gigantischen, sich selbst verwaltenden Volkskommunen, ebenso wie in der Gründung der Jugoslawischen Allgemeinen Genossenschaften, revisionistische Erscheinungen sehen? In Jugoslawien liegen die Dinge allerdings anders als in China. Dort bezieht sich die Forderung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung auf die Betriebe. Sie gibt daher der individuellen Initiative weit mehr Spielraum, als es in den chinesischen Volkskommunen möglich ist.

Noch freiheitlicher ist die wirtschaftliche Selbstverwaltung in Polen geplant. Der im Januar 1957 in Warschau gegründete Wirtschaftsrat forderte eine erhebliche Beschränkung der Befehlsplanung, eine Anpassung der Produktion an die marktwirtschaftliche Entwicklung und die Orientierung der Betriebe nach dem Rentabilitätsprinzip. Die Be-



legschaft soll über ihren staatlich garantierten Lohn hinaus an dem Betriebsgewinn durch Gewinnbeteiligung interessiert werden. Voraussetzung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung müßte allerdings die Freiheit der Betriebe in ihren Dispositionen (mit Ausnahme der Neuinvestitionen) sein. Edward Lipinski hat in „Nowe drogi“, Warschau, Nr. 11/12, 1956, das Wesen des sozialistischen Wirtschaftsmodells, wie es fortschrittlichen polnischen Sozialisten vorschwebt, gut gekennzeichnet: „Eine sozialistische Wirtschaft setzt das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die gesellschaftliche Kontrolle des Produktionsprozesses voraus. Aber aus dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln kann man nicht auf das Postulat der staatlichen und zentralisierten Verwaltung der Produktionsmittel schließen. Die Grundeinheit dieses Prozesses ist der selbständige Betrieb, der Aufgaben auf dem Gebiet des technischen Fortschritts, des Sortiments und der Technologie der Produkte, der Organisation und Lenkung des Produktionsprozesses, der Kalkulation der technischen Veränderungen, der Kosten und des Absatzmarktes, der Anpassung an die veränderlichen Bedingungen der Technik und des Marktes übernimmt und löst<sup>69</sup>.“

#### IV. Die politischen Probleme

##### 1. Der Weg zur Macht

Die Frage ist hier nicht, ob marxistischer Sozialismus sein soll oder nicht, sondern wie er zu verstehen und zu verwirklichen ist. Wir fragen auch nicht, ob die Werktätigen politische Macht haben sollen oder nicht. Die Frage ist nur, wie sie die Macht erringen und wie sie sie nutzen.

Marx und Engels haben ihre Meinung auch in dieser Hinsicht geändert. Zur Zeit der Abfassung des Kommunistischen Manifestes waren sie überzeugt, daß das Proletariat nur durch eine Revolution zur Herrschaft kommen werde und daß es nur gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufheben könne: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie besonders in England verfehlte jedoch nicht ihren Eindruck. Engels schrieb im Vorwort zu den „Klassenkämpfen“ (1895): Es sei eine Ironie der Weltgeschichte, daß die Terroristen von ehemals heute mit legalen Mitteln besser zum Ziele kämen als mit den Mitteln von Terror und Gewalt. Die Zeit der

<sup>69</sup> Vgl. „Einheit“, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Bonn 1957, S. 17.

politischen Überrumpelung durch Minoritäten sei vorüber. Die sozialistische Bewegung gedeihe „weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz“.

Lenin hat sich demgegenüber von Beginn seiner revolutionären Betätigung die im Kommunistischen Manifest vertretene Auffassung zu eigen gemacht. In seiner taktisch und strategisch richtigen Schrift „Staat und Revolution“ (1917) betont er ausdrücklich: „die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich.“ „Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter. Man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates — und wir haben einen von den ‚Parasiten‘ befreiten, technisch hoch ausgestalteten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können.“<sup>70</sup>

Neununddreißig Jahre nach der sowjetischen Oktober-Revolution wurde die Frage der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse (auf dem XX. Parteitag) erneut erörtert. Die Bolschewiki hätten in der damaligen Situation den herrschenden Klassen die Macht nur mit Waffengewalt entreißen können. Seitdem sei die Situation wesentlich anders geworden. Der Marxismus-Leninismus habe eine große Anziehungskraft in allen Ländern der Welt gewonnen. Die Arbeiterklasse habe sogar schon in kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, unter ihrer Führung die große Mehrheit des Volkes zu vereinigen. Sie habe also praktisch „die Möglichkeit, . . . eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln“. In einem solchen Falle, sagte Chruschtschew, könne das Parlament zu einem Organ wahrer Demokratie, einer „Demokratie für die Werktätigen“ werden.

Deutsche Sozialisten, an ihrer Spitze der junge Wolfgang Harich, sahen in dem Beschluß des XX. Parteitages den Fingerzeig für eine gesamtdeutsche, ja europäische, politische Konzeption. In Deutschland und England hätten die demokratischen Sozialisten allein die Chance, marxistische Ideen zu verwirklichen. Betont erklärte Harich: „Für Deutschland lehnen wir den ausschließlichen Führungsanspruch einer kommunistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus ab, weil eine derartige sektiererische Konzeption nicht der real existierenden Situation in Deutschland gerecht wird und zum Scheitern verurteilt ist.“

In einer parlamentarischen Demokratie ist faktisch die Möglichkeit gegeben, daß „eine“ Partei im Wahlkampf die absolute Stimmenmehrheit gewinnt. Allein es ist unwahrscheinlich, daß eine Arbeiterpartei die Stimmen der „übergroßen Mehrheit des Volkes“ auf sich

<sup>70</sup> L e n i n , Staat und Revolution. Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 24 und S. 54.

vereinigen kann. Die deutsche Sozialdemokratie z. B. wird nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von weiten Kreisen des Mittelstandes, der Angestellten und der Beamten getragen. Daher kann sie praktisch nicht nur Arbeiterinteressen vertreten. Abgesehen davon würde sie aber — und das gilt für alle demokratischen Sozialisten der westlichen Welt — ihre Machtposition nicht dazu ausnutzen, die parlamentarische Demokratie zu beseitigen. Grundsätzlich würde jeder Partei die Chance offen bleiben, zu gegebener Zeit selbst die Führungsmacht zu erlangen. Der legale Weg zur Macht würde also niemals der Weg zu einer (bürgerlichen oder proletarischen) Diktatur sein. Die Spekulation der Kommunisten auf geheime diktatorische Absichten der SPD, der Labour Party und anderer sozialistischer Parteien ist gänzlich unreal.

## 2. Die sozialistische Demokratie

Wie kann man eine Diktatur für eine Demokratie, in gesteigertem Sinne sogar für eine „Volksdemokratie“ halten? Die Kommunisten sehen in den Staatsformen der westlichen Welt den mangelhaften Typus einer bloß formalen Demokratie. Eine echte und wahre Demokratie müsse sich auf die bloße Mehrheit des Volkes stützen. Warum soll aber die Diktatur des Proletariats, die doch nur die Interessen der Mehrheit der Ausgebeuteten zum Ausdruck bringt, den „höchsten Typus der Demokratie in der Klassengesellschaft“ darstellen? Zu den Ausgebeuteten zählen nach sowjetischer Auffassung außer den Industriearbeitern auch die werktätigen Bauern. Diese sind zwar Privateigentümer von Produktionsmitteln, als Werktätige aber gleichfalls an der Vernichtung des Ausbeuterstaates interessiert. Das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft schließt nicht auch die Gleichberechtigung der Klassen in sich. Die führende Kraft dieses Bündnisses ist das Proletariat. Stalin meint: „die Partei der Proletariats, die Partei der Kommunisten, die die Führung mit anderen Parteien nicht teilt und nicht teilen kann“<sup>71</sup>.

In den Volksdemokratien ist der Kreis der Partner weiter gezogen. In der Volksrepublik China ist „das“ Volk die Arbeiterklasse, die Bauernklasse, die Kleinbourgeoisie und die nationale Bourgeoisie. Die Intelligenz wird nicht besonders erwähnt. Es ist viel verlangt, man solle glauben, daß es sich bei all diesen sozialen Gruppen um Ausgebeutete handelt. Selbst die Arbeiterklasse ist in ihrer Struktur viel zu differenziert, als daß sie als einheitliche Klasse gelten könnte. Ein Teil der Facharbeiterschaft rechnet sich zum Mittelstand. Von einer Ausbeutung der Mittelklassen kann, wie schon Eduard Bernstein feststellte, keine Rede sein. „Wollte die Arbeiterklasse darauf warten,

<sup>71</sup> Stalin, Fragen des Leninismus. Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 144.



bis das ‚Kapital‘ die Mittelklassen aus der Welt geschafft hat, so könnte sie wirklich einen langen Schlaf tun . . . Nicht das ‚Kapital‘, die Arbeiterklasse selbst hat die Mission, die parasitischen Elemente der Wirtschaft aufzufangen<sup>72</sup>.“

Die sozialistische Demokratie (im Sinne des Leninismus) kann also praktisch niemals eine wirkliche Volksvertretung sein. Ein großer, wenn nicht der größere Teil der Wahlberechtigten wäre von der Ausübung des Stimmrechts ausgeschlossen. Die proletarische Diktatur muß sich also von Anfang an auf eine Minderheit stützen. Alle Diktatoren sind ja auch mit Hilfe einer tatkräftigen und oft genug gewalttätigen Minorität zur Macht gekommen. Die Masse des Volkes wird dann so oder so in die Parteilinie gedrängt. Und diese Diktatoren glauben, das Vertrauen des Volkes, jedenfalls der werktätigen Bevölkerung, zu besitzen?

Worin liegt die Rechtfertigung dieses Glaubens? Worauf stützt sich diese Meinung? Nicht auf das Argument demokratischer Stimmenmehrheit. Selbst wenn die Machthaber durch eine irgendwie gewonnene Majorität zur Macht gekommen sind, können sie es doch nicht wagen, sich von Zeit zu Zeit durch freie Wahlen in ihrer Regierungsgewalt bestätigen zu lassen. Um ihre revolutionären Ziele verwirklichen zu können, müssen sie sich auf einen unbedingt zuverlässigen Stoßtrupp stützen. In diesem Sinne äußerte sich auch Chruschtschew auf dem XX. Parteitag: „Bei allen Formen des Überganges zum Sozialismus ist die politische Führung durch die Arbeiterklasse mit ihrem Vortrupp an der Spitze die unerläßliche und entscheidende Bedingung. Ohne dies ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich.“ Die kommunistische Partei führt also die werktätigen Massen auf den historisch richtigen Weg. Ihr Wissen um die historischen Notwendigkeiten rechtfertigt den Einsatz aller Mittel, um den Auftrag der Geschichte zu erfüllen. Wenn aber sogar Gewaltanwendung, selbst in gigantischem Ausmaß, gerechtfertigt ist, so ist die sozialistische Diktatur, meint Lenin, doch selbst keine Gewaltherrschaft: „Die ökonomische Grundlage dieser revolutionären Gewalt, die Gewähr für ihre Lebensfähigkeit und ihren Erfolg besteht darin, daß das Proletariat einen im Vergleich zum Kapitalismus höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit repräsentiert und verwirklicht. Das ist der Kern der Sache. Darin liegt die Quelle der Kraft und die Bürgschaft für den unausbleiblichen vollen Sieg des Kommunismus<sup>73</sup>.“

Betrachtet man den bürgerlichen Staat — ungeachtet seiner Entwicklung zum Rechts- und Sozialstaat — als einen Ausbeuterstaat, so ist es fast eine Tautologie, ihm jede schöpferische Rolle in der Gesell-

<sup>72</sup> B e r n s t e i n, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. S. 90.

<sup>73</sup> L e n i n, Ausgewählte Werke. Bd. II, S. 569.

schaft abzusprechen. Wo aber bleibt hier eine sachliche, sich an der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit in Geschichte und Gegenwart orientierende Kritik? Wo die für ein wissenschaftliches Studium notwendige Aufgeschlossenheit für die Mannigfaltigkeit sozialer Erscheinungen? Wenn nur „eine“ Staatsform, die sozialistische Demokratie, unbedingt richtig und geschichtlich notwendig ist, so ist logischerweise jede andere Staatsform fehl am Platze und historisch nicht zu rechtfertigen. Haben die Marxisten-Leninisten aber eine Chance, sich für ihre Staatslehre auf historisch-ökonomische Notwendigkeiten berufen zu können? Man kann vielleicht sagen, daß eine Diktatur in einer bestimmten Situation, z. B. in Kriegs- und Notzeiten, notwendig ist. Deswegen aber ist eine Diktatur, gleich welcher Art, nicht allgemein notwendig und bringt nicht prinzipiell den „höchsten Typus der gesellschaftlichen Organisation“ zum Ausdruck. Im Interesse der Menschen selbst, im Interesse von Person und Gemeinschaft muß — bei aller notwendigen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung — Freiheitlichkeit gewährleistet sein. Man vergesse doch nicht, rief Bernstein vor mehr als einem halben Jahrhundert seinen marxistischen Genossen zu, daß „der Sozialismus nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach“ der „legitime Erbe des Liberalismus“ ist! „Der Sozialismus will keine neue Gebundenheit irgendwelcher Art schaffen. Das Individuum soll frei sein, . . . frei von jedem ökonomischen Zwange in seiner Bewegung und Berufswahl. Solche Freiheit ist für alle nur möglich durch das Mittel der Organisation. In diesem Sinne könnte man den Sozialismus auch organisatorischen Liberalismus nennen . . .“<sup>74</sup>.

### 3. Die sozialistische Weltpolitik

Wenn die marxistische Doktrin unbezweifelbar richtig ist, ist auch die in ihrem Sinne angelegte und durchgeführte Politik richtig. Jede andere Politik, wo und wann sie betrieben werden mag, ist dann nicht nur verkehrt, sondern auf die Dauer auch zur Ohnmacht verurteilt. So statuiert der orthodoxe Marxismus von vornherein einen unaufhebbaren Gegensatz zu allen anders denkenden und handelnden Staaten und Regierungen. Von einer Koexistenz der Nationen kann keine Rede sein. Die Welt ist in zwei feindliche Blöcke gespalten.

Der ideologische und machtpolitische Gegensatz wirkt sich unmittelbar auch wirtschaftlich aus. Die Teilung der Weltwirtschaft wiederum verschärft noch mehr die politischen Gegensätze. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hat auf dem VII. Parteikongreß in Laibach (April 1958) ihre Beunruhigung und Bestürzung über diese gefährliche weltpolitische Situation zum Ausdruck gebracht. Die Teilung der Welt in Blöcke führe zu gegenseitiger Unkenntnis, zu Mißtrauen und Unduld-

<sup>74</sup> Bernstein, a.a.O., S. 184 und S. 188.



samkeit, hemme eine breite kulturelle Zusammenarbeit und widerspreche der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der Völker und Staaten. Das sozialistische Jugoslawien widersetze sich der Aufteilung der Welt in Blöcke „aus zutiefst grundsätzlichen Erwägungen“. „Denn eine solche Politik verhindert die allseitige und freie Herstellung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen den Völkern und hemmt dadurch den Prozeß der Einigung der Welt und den gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit.“

Jede Gewaltherrschaft führt innen- und außenpolitisch Konflikte herauf. Nichtsdestoweniger verteidigt auch Tito seine Diktatur. Allerdings in einem besonderen Sinne. Wie er in einem Belgrader Interview im Mai 1957 erklärte, habe seine Diktatur tatsächlich und ehrlich nur den Zweck, die Macht in den Händen des Volkes zu sichern. Die Diktatur des Proletariats sei keine Diktatur der Gewalt, sondern müsse bestrebt sein, „die wirklichen Belange des Volkes zu unterstützen und sich vom Humanismus durchdringen zu lassen“.

Setzen wir hierzu in Parallele die von der Idee der Menschlichkeit getragenen Äußerungen Gomulkas in seiner Oktober-Rede (1955), so scheinen starke Kräfte lebendig zu sein, die den Marxismus-Leninismus zu einem humanitären Sozialismus gestalten. Nach dem XX. Parteitag durfte man diese Hoffnung auch für den sowjetischen Marxismus hegen. Damals sagte Chruschtschew: „Die Willkür Stalins zeigte sich nicht nur in seinen Entscheidungen zu innenpolitischen Fragen, sondern auch in den Beziehungen der Sowjetunion zum Ausland . . . Stalin hatte völlig den Sinn für die Realitäten verloren. Er demonstrierte sein Mißtrauen und seine Arroganz nicht nur in den Beziehungen zu einzelnen Menschen hier in der Sowjetunion, sondern auch in den Beziehungen zu ganzen Parteien und Staaten.“ Infolgedessen glaubte Gomulka mit Chruschtschew einig zu sein, wenn er von der Notwendigkeit freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern sprach: auf der Grundlage „völliger Unabhängigkeit und Gleichberechtigung“. Stalin habe diese Grundsätze zwar offiziell anerkannt, sich aber in der Praxis keinesfalls danach gerichtet.

Alle kommunistischen Parteiführer wünschen prinzipiell eine Humanisierung und Normalisierung menschlichen Zusammenlebens. Mit Gomulka hat sich Tito ausdrücklich zu einem humanitären Sozialismus bekannt. In dem erwähnten Interview sagte er: „Die sozialistische Gesellschaft muß für den Menschen geschaffen werden, nicht für etwas Abstraktes. Läßt man den Menschen außer acht, dann läßt man das Wesentliche des Sozialismus außer acht. Denn man darf nicht vergessen, daß das Wesentliche des Sozialismus der Humanismus sein soll.“ Sind die Grundsätze der Menschlichkeit, der persönlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit aber auch praktisch-politische Leitideen geworden? Sind Tito und Gomulka wirklich den Weg eines humanitären



Sozialismus gegangen? Auch Mao Tse Tung hatte in seiner Februar-Rede (1957) von Menschlichkeit und Freiheit gesprochen. Hat er aber sein Versprechen erfüllt, daß in Zukunft „keine Methoden der Unterdrückung“ angewandt werden sollen und niemand gehindert werden darf, seine Meinung zu äußern?

Oft wird Marx zitiert: „Ein Ziel, das ungerechte Mittel verlangt, ist kein gerechtes Ziel.“ Sind Unterdrückung und Gewalt gerechte Mittel? Lenin sagte in seiner Rede über den Frieden am 26. 10. 1917 mit großem Nachdruck: „Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsche — gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde — das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der die Angliederung vornehmenden oder überhaupt der stärkeren Nation, in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz, ohne den mindesten Zwang, selbst zu entscheiden, so ist solche Angliederung eine Annexion, das heißt, eine Eroberung und Vergewaltigung.“ Hat Lenin selbst nach diesem Grundsatz gehandelt? Allenthalben divergieren Wort und Tat!

Nur eines wäre notwendig, damit sich Ost und West auf einer gemeinsamen geistigen Plattform begegnen können: das Einstehen zum Wort! Der sich nicht nur in Worten, sondern auch in der Praxis äußernde Sinn für Humanität würde Methoden der Schreckensherrschaft, der Liquidierung, der Diffamierung und Deklassierung ausschließen. Solange aber die Politik gemeinhin nur als die Kunst des Möglichen verstanden wird, wird immer auch Unmenschliches möglich sein.

Ein bekanntes Wort von Lenin lautet: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Lenin hatte hier jedoch nicht „Wahrheit“ im Sinne, sondern „objektive Richtigkeit“. Wahrheit und Richtigkeit bedeuten nicht dasselbe. Objektiv richtig ist ein Gegenstandsurteil, wenn der betreffende Gegenstand so ist oder sich so verhält, wie es der Urteilende meint. Nun sind alle Erkenntnisse nach marxistischer Auffassung relativ, d. h., historisch bedingt. Die Relativität ist jedoch allgemeiner und prinzipieller zu verstehen. Gegenstandsurteile sind notwendig auf einen bestimmten Standpunkt bezogen und lassen nur von diesem Standpunkt aus den Gegenstand sehen, begreifen, verstehen. Wer die Geschichte mit den Augen materieller Interessen ansieht, findet in ihr auch nur solche Interessen. Wer die Welt mit den Augen der Ratio ansieht, der findet in ihr auch nur Rationalität. Und schließlich: „Wer die Welt vernünftig ansieht, den sieht sie auch ver-

nünftig an; beides ist in Wechselbestimmung“ (Hegel). Es kommt also darauf an, wie man eingestellt ist, genauer gesagt, wie man einem Gegenstand begegnet und entgegnet. Jeder Einstellung, jedem Grundverhalten ist ein sich in Breite und Tiefe ausdehnender Bereich von Erkenntnis- und Verständnismöglichkeiten zugeordnet. Von jedem Standpunkt aus ist eine objektiv richtige Erkenntnis möglich. Sie ist zugleich allgemeingültig, wenn der gleiche Standpunkt von jedem anderen Menschen eingenommen werden kann, so daß er den Gegenstand in der gleichen Perspektive sieht. Da eine objektive und allgemeingültige Erkenntnis aber eben einen Standpunkt voraussetzt, ist sie partikulär, d. h., sie erfaßt, ergreift, begreift nur eine Seite des Gegenstandes.

Auf den Marxismus-Leninismus angewandt, besagen diese Überlegungen: Der proletarische Sozialismus kann eine (von einer bestimmten Klassenposition aus mögliche) objektiv richtige und für das Proletariat gültige Gesellschafts- und Geschichtsauffassung sein. Darum ist es verständlich, daß die einmal gewonnene Erkenntnis auch dogmatisiert und parteipolitisch festgelegt wird. Warum aber rebellieren selbständig denkende Marxisten immer wieder gegen diesen dogmatischen, „institutionellen“ Marxismus<sup>75</sup>? Weil sie ihn trotz einzelner richtiger Grundgedanken im Ganzen nicht als wahr anerkennen können.

Kann denn eine Erkenntnis richtig und doch nicht wahr sein? Gewiß! Richtig ist zum Beispiel, daß der freie Wettbewerb den Unternehmer zu Initiative und höherer Leistung anspornt. Richtig ist, daß Krediterleichterung und Zinssenkung zu verstärkter Investition und vermehrter Beschäftigung führen. Richtig ist, daß höhere Löhne eine größere Nachfrage nach Verbrauchs- und Gebrauchsgütern auslösen. All dies ist richtig — vorausgesetzt eine bestimmte marktwirtschaftliche Situation und ein bestimmtes Verhalten der Wirtschaftler. Grundsätzlich ist das objektiv Richtige also nur eine Teilwahrheit.

Die Wahrheit aber — was ist sie? „Das Wahre ist das Ganze“ (Hegel). Wie kann man des Ganzen ansichtig werden? Nicht dadurch, daß man „einen“ Standpunkt einnimmt und unwiderruflich festhält. Und erst recht nicht dadurch, daß Partei und Staat diesen Standpunkt als den einzig möglichen, einzig richtigen, einzig wahren proklamieren. Ein Standpunkt kann wohl als richtig bezeichnet werden, wenn von ihm aus eine bestimmte Seite eines Gegenstandes erkennbar wird. Einzig wahr aber kann ein Standpunkt nie sein. Um etwas im Ganzen sehen, begreifen, verstehen zu können, bedarf es mannigfacher Standpunkte und wechselnder Perspektiven. So erst erscheint das Wirkliche in seinen mannigfaltigen Bezirken, in seiner Breite und Tiefe.

<sup>75</sup> Dieser Ausdruck ist von dem jungen polnischen Soziologen Leszek Kola-kowski geprägt worden. Vgl. René Ahlberg, Der humanitäre Sozialismus. Freie Rundschau, Zeitschrift f. aktive Freiheitspolitik, München 1958, Nr. 5, S. 43 ff.

Der notwendige Wechsel des Standpunktes und der Perspektive öffnet jedoch nicht einem uferlosen Relativismus Tür und Tor. Dem nachdenklichen und besinnlichen Menschen wird besonders durch persönliche Lebenserfahrung klar, daß es Standpunkte gibt, von denen aus das Ganze des Lebens niemals in Sicht kommt. Und auf die Praxis bezogen: daß es Standpunkte gibt, von denen aus niemals ein Handeln möglich ist, das mit den inneren Gesetzen des Lebens im Einklang steht.

Besinnen wir uns darauf, worum es Marx wesentlich ging. Um den Menschen! Der Marxismus ist im Grunde — worauf der Revisionismus wesentlich hinzielt — humanitärer Sozialismus.

Wenn dem Revisionismus in seinem Kampf gegen den dogmatischen, „institutionellen“ Marxismus recht gegeben wird, soll dieses Recht doch keinesfalls übersteigert werden. Die Geistesgeschichte, insbesondere die Geschichte der Philosophie und der Religion, lehrt, daß Ideen um ihrer Breiten- und Tiefenwirkung willen dogmatisiert werden müssen. Sie müssen gleichsam in Form gebracht und gegebenenfalls auch institutionalisiert werden. So sehr also Kolakowski und seine Mitkämpfer mit ihrer Einstellung gegen den institutionellen Marxismus auch im Recht sind, dürfen sie doch die Notwendigkeit einer dogmatischen Fixierung des Sozialismus nicht übersehen. Andererseits darf die dogmatische und institutionelle Festlegung des Marxismus nicht zu einer absoluten, starren, unverrückbaren Position werden.

Der Revisionismus hat die stete Aufgabe der Aufweichung und Auflockerung zu starr gewordener ideologischer Positionen. So verstanden ist der Marxismus eine dialektische Geistesbewegung. Wenn er den inneren Gegensatz des Dogmatismus und Revisionismus, des Institutionalismus und der Weltoffenheit erträgt und sich entwickeln läßt, bleibt er lebendig und ist ein würdiger, wertvoller Partner im allgemein menschlichen Ringen um Richtigkeit und Wahrheit.